Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 136. Donnerstag den 12. November 1908. 36. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Das persönliche Regiment vor dem Reichstage.

Der Reichstag hatte am Dienstag eine Sensationssitzung, wie er sie wohl kaum je seit seinem Bestehen gehabt hat. Die zu erwartende große Debatte über die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" hatte eine ungeheure Menge von Zuschauern nach dem Königsplatz geführt, die das Haus umlagerten, ohne Eintritt erlangen zu können; denn schon lange vor Beginn der Sitzung waren alle Tribünen, auch die der Abgeordneten und des Bundesrats und die Hofloge, vollkommen überfüllt. Kurz nach 1 Uhr erschien der Reichskanzler Fürst Bülow von einem ganzen Stabe von Staatssekretären und Räten begleitet.

Als erster Interpellant erhält das Wort

Abg. Bassermann (natl.):

Am 28. Oktober erschienen im Daily Telegraph Veröffentlichungen mit der Ueberschrift: Der deutsche Kaiser und England. Vielleicht war der Autor ein Mann, der von Wohlwollen gegen die Person des Kaisers erfüllt war. Wie aber war der erste Eindruck in Deutschland? Man sprach allgemein von tendenziöser Erfindung, von Entstellung, von einer Mystifikation. Als aber die Nordd. Allgem. Ztg. die Veröffentlichung übernahm, mußte man an die Echtheit der kaiserlichen Aeußerungen glauben und ein Gefühl maßlosen Erstaunens und tiefer Trauer stellte sich ein. Temperamentvolle Leute sprachen von der Sache wie von

einer verlorenen Schlacht.

(Sehr wahr! links.) Es waren der erstaunten Welt mitgeteilt worden Gespräche des Kaisers bei Besuchen in England. Diese Gespräche sind alle auf denselben Grundton gestimmt: Klagen, daß es England an Freundschaft für uns fehle, Beschwerden über die Undankbarkeit Englands, Beweisführung für das, was der Kaiser für England getan hat. Die Tendenz der Gespräche ist offensichtlich. Sie geht dahin, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu verbessern. Die Wirkung war aber eine ganz andere. (Sehr wahr!) (Redner wiederholt den Inhalt der Veröffentlichung.) — Die Kritik war im Inlande gleichmäßig, nahezu einmütig eine ungünstige und teils eine vernichtende. (Sehr richtig!) Was England anbelangt, so ist der englische Stolz verletzt durch die Mitteilung, daß ein deutscher Kriegsplan im Burenkrieg eine Rolle gespielt hat, die Mitteilung darüber, daß die deutsche Stimmung in ihrer Mehrheit ungünstig, unfreundlich, ja feindlich gegen England ist, erregt die englischen Kreise Chauvinistische Elemente jubeln auf und erhoffen nunmehr eine Stimmung in England, die zu neuen Flottenrüstungen in England führt Kurz

Schaden auf der ganzen Linie,

soweit England in Betracht kommt. Frankreich und Rußland beschweren sich über die Bloßstellung der von ihnen während des Burenkrieges beabsichtigten Intervention vor England, sprechen von schwerer Indiskretion, bestreiten die Richtigkeit der dort mitgeteilten Vorgänge und werden am letzten Ende enger an England gekettet. (Sehr richtig!) In Frankreich sehen wir die Wirkung, daß die Behandlung der Marokkofrage durch die deutsche Politik erschwert ist. (Sehr wahr!) Frankreichs Aspirationen wachsen. Was den fernen Osten, China, Japan und Amerika anbelangt, so horchen diese Länder auf, wenn sie aus autoritativem Munde hören, daß unsere Flotte für den Stillen Ozean bestimmt ist. Die gebesserten Beziehungen mit Japan werden gestört, beinahe zerstört. (Zustimmung.) Wir lesen von einem vollständigen Aufruhr in der gelben Presse Jahrelange Bemühungen von früher sind zerstört. Die schweren Kämpfe, die draußen der deutsche Kaufmann führen muß gegenüber internationaler Konkurrenz, welche nunmehr diese Vorgänge selbstverständlich dazu benützt: um Mißtrauen gegen Deutschland zu säen — — diese Kämpfe der deutschen Kaufleute werden erschwert durch das Mißtrauen der auswärtigen Nationen (Sehr richtig!) Was die Buren und die Niederländer angeht, so wird dort von Entrüstungsausbrüchen berichtet über das, was sie den

Neutralitätsbruch Deutschlands

im Burenkriege nennen, im Burenkriege in einer Zeit, wo der Orangefreistaat und die Republik Transvaal bei uns amtlich beglaubigt waren. Die Buren in Ostafrika, die vielfach dort angesiedelt sind, empfangen die schlechtesten Eindrücke. Das ganze Ausland spricht von einem Zwiespalt der deutschen Politik, behauptet, daß neben der offiziellen Politik der verbündeten Regierungen, des offiziellen Deutschlands eine entgegengesetzte kaiserliche Politik nebenher laufe, die da und dort nicht zur Förderung unserer Interessen in Marokko eingegriffen haben soll. (Vielfache lebhafte Zustimmung.) Man spricht im Auslande davon, daß es sehr schwierig sein werde, Deutschland vertrauliche Mitteilungen zu machen, wenn man nicht die Sicherheit besitze, daß sie nicht weitergegeben werden an Stellen, für die sie nicht bestimmt sind. Das muß selbstverständlich unseren ganzen diplomatischen Dienst aufs äußerste erschweren. Kurz und gut, wir sehen überall gemindertes Vertrauen und vermehrte Schwierigkeiten.

Ich wende mich nun zu dem Eindruck im Inlande. Einmütig, kann man wohl sagen, hallt die Meinung des Inlandes wider in der Presse aller Parteien, in Tausenden von Zuschriften, und Privatbriefen, die in den letzten Tagen hier in diesem hohen Hause bei den Abgeordneten eingetroffen sind. (Sehr wahr!) Nahezu einmütig wird

protestiert gegen die Eingriffe des Kaisers

in die offizielle Politik Deutschlands. (Lebhafte, allseitige Zustimmung). Das, was man im Lande das persönliche Regiment nennt. Ich will gar nicht reden von der großartigen Konjunktur für Majestätsbeleidigungen. In den Bundesstaaten herrscht Mißvergnügen, weil sie die Schädigung der Reichspolitik als die Schädigung ihrer eigenen Interessen erkennen müssen. (Sehr wahr!) Allgemein meint man auch, daß ausländische Privatleute sehr wenig geeignet sind, intime Meinungsäußerungen des Kaisers entgegenzunehmen. Oftmals ist es von uns als unser sehnlichster Wunsch ausgesprochen, als Verlangen aller Deutschen erhoben worden, daß unsere auswärtige Politik ausschließlich in der Hand des verantwortlichen Herrn Reichskanzlers liegen möchte. (Lebhafte Zustimmung.) Das Verlangen ist selbstverständlich. Nur derjenige, der Tag für Tag die Fäden des vielgestaltigen Gewebes in Händen hat, kann Verwirrungen verhüten und einen guten Faden spinnen. (Beifall. Lachen bei den Soz.) Ich will nicht in die Vergangenheit zurückgreifen. Ich erinnere nur an die Vorgänge, die an den Namen von Lord Tweedmouth anschließen, der aus Anlaß eines Briefes um sein Amt und seinen Einfluß gekommen ist. Ich erinnere an die Vorgänge aus Anlaß der Berufung des amerikanischen Botschafters Hill, die uns viel bittere Kritik und Unmut in den Vereinigten Staaten eingetragen haben. In diesen Interviews aber erkennen wir die unbedingte

Schädlichkeit der persönlichen Politik.

(Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Wir haben uns oft mit dem Herrn Reichskanzler hier über die Grundsätze unserer auswärtigen Politik unterhalten. Im Jahre 1906 proklamierte Fürst Bülow eine Politik der Sachlichkeit, der Geräuschlosigkeit, der Festigkeit. (Beifall.) Eine vortreffliche Politik, die wir alle billigen und von der wir nur bedauern können, daß sie durch Aeußerungen und Eingreifen des persönlichen Regiments durchkreuzt worden ist. (Sehr richtig!) Wir redigieren deshalb unser moralisches Gefühl nicht (Lachen der Soz.), aber weite Kreise in Deutschland, die republikanischen Anschauungen anhängen, sehen in solchen Vorgängen den ihnen willkommenen Agitationsstoff gegen die Monarchie. (Lebhafter Beifall.) Wenn Fehler gemacht werden, dürfen sie nicht an dem König hängen bleiben, sondern müssen sie dem Minister zur Last fallen. (Sehr richtig!) Ich verweise auf das Wort des Fürsten Bismarck, daß die

ministerielle Bekleidung dem Monarchen nie fehlen

solle. (Sehr richtig!) Im einzelnen habe ich zu bemerken: es ist ausgesprochen, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit England unfreundlich oder gar feindlich gegenüberstehe. Hiergegen müssen wir im Reichstage Verwahrung einlegen. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Wir sind keiner Nation feindlich gesinnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch England nicht. (Sehr richtig!) Gegenteilige Aeußerungen beruhen auf unrichtiger Information und Orientierung. (Lebhaftes allseitiges Sehr richtig!) Wir haben es zu hunderten Malen hier im Parlament und draußen im Lande ausgesprochen, daß unsere Flottenpolitik sich nicht gegen England richtet. Das ist bis zum Ueberfluß betont worden. (Sehr wahr!) Feindschaft gegen England liegt uns vollständig fern; das möchte ich hier ausdrücklich im Namen meiner Partei im Parlament aussprechen. (Lebhafter Beifall.) Zum zweiten ist die Wunde aus dem Burenkriege wieder aufgerissen worden. Wir denken an den Einfall Jamesons, an das

Krüger-Telegramm,

an den Nichtempfang des Präsidenten Krüger. Nun hören wir, nachdem diese Dinge nahezu vergessen sind, daß für den Burenkrieg ein Feldzugsplan ausgearbeitet ist, der die Billigung des deutschen Generalstabs gefunden hat. (Hört, hört!) Diese Mitteilung ist so unglaublich, daß sie dringend der Aufklärung bedarf. Ich will nicht von der Burenbegeisterung jener Jahre sprechen. Sie war ein Ausdruck der deutschen Volksseele. (Sehr wahr!) Dieses Gefühl, das von vielen der besten unserer Nation geteilt wurde, gereicht uns nicht zur Schande. (Sehr wahr!) Nun das dritte, das ich sagen muß: wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß unsere Flotte dazu bestimmt ist, Weltpolitik im Stillen Ozean zu treiben. (Sehr wahr!) Daran hat niemand gedacht, als wir dies Flottengesetz machten. (Sehr wahr!) Unsere Flotte ist bestimmt zur Verteidigung unserer Küsten. Auch das muß feierlich im Reichstag erklärt werden. Ich möchte hinzufügen, daß solche Aeußerungen die Bewilligung weiterer Flottengesetze selbstverständlich nicht erleichtern. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun die Veröffentlichungen! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Schwerpunkt nicht in den Veröffentlichungen selbst liegt, sondern in den Tatsachen, die sie enthalten. (Sehr wahr!) Auch wenn diese Gespräche nicht bekannt wären, in England liefen sie von Mund zu Mund, und wieviele andere Gespräche mögen in den Archiven fremder Nationen liegen? (Stürm. Heiterkeit.) Der Schwerpunkt liegt also in den Gesprächen selbst. Persönliche Aeußerungen des Monarchen unterliegen nicht der Gegenzeichnung, aber es ist doch selbstverständlich, daß, je höher ein Mensch steht, desto größere Vorsicht bei seinen Aeußerungen nötig ist, und daß für einen Monarchen

die größte Zurückhaltung notwendig

ist, namentlich angesichts der feststehenden Tatsache, daß es eine Reihe von auswärtigen Mächten gibt, die uns nicht wohlgesinnt ist. Bei der Veröffentlichung beginnt die Komödie der Irrungen, die uns den Spott des Auslandes eingetragen hat. (Sehr wahr!) Ich erachte eine authentische Darlegung für notwendig, denn die Veröffentlichungen der Nordd. Allg. Ztg. sind kein Staatsakt, sie sind offenbar auch nicht lückenlos und ihre Richtigkeit ist in den Einzelheiten bestritten worden. Wir wissen heute, daß der Reichskanzler das Manuskript nicht gelesen hat. Falls er es gelesen hätte, hätte er die Veröffentlichungen inhibiert. Ich wende mich zu dem Herrn Reichskanzler. Wir sind weit davon entfernt, die vollen Verdienste des Herrn Reichskanzlers nicht anzuerkennen. Diese Anerkennung darf uns nicht hindern, die Art der Behandlung dieses Manuskripts für verfehlt und der Wichtigkeit der Sache nicht entsprechend zu erachten. (Sehr wahr!) Entweder mußte der Herr Reichskanzler das Manuskript selbst lesen; konnte er das nicht, dann mußte unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß eine absolut zuverlässige Persönlichkeit es las und ihm genau Bericht erstattete. Die Fehler, die in dieser Richtung gemacht worden sind, sind psychologisch nicht ganz erklärlich. Bei der

impulsiven Natur des Kaisers,

von der ja sehr oft gesprochen wird, bei der Möglichkeit, daß aus Stimmungen des Moments heraus Aeußerungen erfolgen, erachte ich eine genaue Prüfung von Schriftstücken, die sich mit der Person oder mit Aeußerungen Sr. Majestät befassen, selbstverständlich als absolut notwendig — wenn Schaden vermieden werden soll. (Sehr richtig! und Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Behandlung der Angelegenheit war erschwert durch, [illegible] wir eine reichliche Urlaubspolitik. Sie muß erschwert werden, wenn die maßgebenden Faktoren in aller Welt zerstreut sind. (Sehr richtig!) Ich halte es namentlich für unrichtig, daß in einer derartigen Weise das Auswärtige Amt von den verantwortlichen Faktoren entblößt wird. Ich sollte meinen, daß diese Zustände der gleichzeitigen Beurlaubung unter allen Umständen geändert werden müßten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben mit Staunen gelesen, daß vier Personen dieses Manuskript gelesen und nicht beanstandet haben. (Hört! Hört!) Das ist so unglaublich, denn man kann ja ohne weiteres aussprechen, daß ein gewöhnlicher Kanzleibeamter die internationale Tragweite dieses Manuskriptes zu beurteilen in der Lage war. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Die Persönlichkeiten, die der Reichskanzler beauftragt hatte, waren offenbar nicht die richtigen, wobei ich offen lasse, ob man Unfähigkeit, Pflichtverletzung oder vielleicht Scheu vor der Kritik von Aeußerungen des Kaisers in den Vordergrund stellen soll. (Zustimmung und Heiterkeit.) Hier hat sich ein System der Mittelmäßigkeit gezeigt, und ich hoffe, daß darin künftig eine Besserung eintritt. Namens meiner politischen Freunde habe ich auszusprechen, daß wir

eine Amtsniederlegung des Fürsten Bülow nicht wünschen.

Wir wünschen sie nicht angesichts der schweren Aufgaben der inneren und äußeren Politik. Was erforderlich ist, ist eine Reorganisation des Auswärtigen Amtes. Der Schwerpunkt liegt da in einer richtigen Auswahl der Personen. In das Amt und in die Botschaften gehören die tüchtigsten und intelligentesten Beamten, nicht nach Gunst, Empfehlungen und dergleichen. Der Siegeszug der deutschen Industrie zeigt, welch tüchtige Elemente in Deutschland vorhanden ist. In dem deutschen Beamtentum ist, das will ich noch sagen, eine Fülle von Intelligenz.

Nun zum deutschen Reichstag.

Er muß, diese Frage ist ungewollt an ihn herangetreten, eine größere Macht haben, er muß einen größeren Einfluß gewinnen auch auf auswärtige Angelegenheiten. Wir sind voll überzeugt, daß alles, was der Kaiser tut, diktiert ist von der Liebe zum Vaterlande. Aber es ist nötig, daß alles, was er tut, geschieht unter der Verantwortung seiner verantwortlichen Ratgeber. Wir fühlen uns stark genug, auch vor dem Auslande, zu dieser offenen Aussprache hier. Wenn unseren Vorstellungen Rechnung getragen wird, so werden künftig Schädigungen, wie sie aus den beklagten Vorgängen Deutschland erwachsen sind, uns ferngehalten werden. In dieser Hoffnung wenden wir uns, zwar mit Ehrfurcht, aber auch mit Nachdruck an den Kaiser. Und, meine Herren, wir wünschen, daß es heute das letzte Mal sei, daß wir hier zu solchen Verhandlungen und zu solchen Vorstellungen an den Kaiser gezwungen sind. (Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer (Frs. Vpt.):

Die Tatsache ist bezeichnend, daß weite Kreise an die Richtigkeit der Mitteilungen nicht glauben wollten. (Lebhafte Zustimmung links.) Tiefgehende Erbitterung, Bestürzung und Zorn erfüllten das ganze deutsche Volk. Auf den Gemütern lastet die sorgenvolle Frage: Sind die Enthüllungen zu Ende oder bringen die nächsten Tage neuen Stoff? Vom Volke wird jeder Tag als ein Gewinn empfunden, an dem es sich nicht mit derartigen Veröffentlichungen zu beschäftigen hat. (Sehr wahr! links.) Es sind schwere Fehler gemacht worden, es ist ein Schaden an den materiellen und nationalen Werten angerichtet, der vielleicht kaum wieder gut zu machen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erfahrung zeigt, daß

der Reichskanzler zeitweilig die Dinge gehen läßt wie sie wollen.

Wir müssen verlangen, daß der Reichskanzler die Verantwortung vor dem Lande nicht durch Erklärungen hinterher trägt, sondern durch Vorsorge, daß die Politik nach seinem Willen geschieht. Im Auswärtigen Amt ist schleunigst für Ordnung zu sorgen. Auch die diplomatische Vertretung im Auslande ist nicht überall ihrer Aufgabe gewachsen. Die häufige Abwesenheit der leitenden Personen von Berlin erschwert die Geschäfte. Wir wollen nicht, daß die Angelegenheit zu einer Machtfrage, zwischen Krone und Parlament werde, aber wir wollen laut und nachdrücklich die Stimme erheben. Die Bestrebungen des Kaisers, die Beziehungen zu England freundschaftlich zu gestalten, billigen und unterstützen wir. Es ist nicht richtig, wenn der Kaiser sagt, daß bei der Mehrheit des deutschen Volkes die Stimmung gegen England unfreundlich ist. Die Kenntnis des Liebesdienstes, den wir England im Burenkriege geleistet haben, hat die englische Politik nicht abgehalten, eine Entente cordiale mit Frankreich und Rußland zu finden und aufrecht zu erhalten. Wir haben

keine Veranlassung, irgend einer Macht nachzulaufen

und ihr Freundschaftsdienste zu erweisen, die sie nicht will und nicht schätzt. Auf Industrie und Handel wirken die diplomatischen Wirrnisse wie Hagelschlag. Dauernde Abhülfe ist allein möglich durch Herstellung einer wahrhaft konstitutionellen Staatsverfassung. (Sehr richtig! links.) Eine ernsthafte durchgeführte Ministerverantwortlichkeit ist der Angelpunkt des konstitutionellen Systems. Nicht biegsame Höflinge dürfen die Verantwortlichkeit übernehmen, nicht blos Bureaukraten und Ziviladjutanten, sondern ihrer Verantwortlichkeit sich bewußte Staatsmänner. Von Seiten des Trägers der Krone ist Zurückhaltung notwendig. Die Staatsmaschinerie verträgt keine ungeschickte und unbefugte Einmischung. Sollte die Reichstagsdebatte die gewünschte Aenderung nicht herbeiführen, so wird die Frage einer Abänderung der Reichsverfassung aufgerollt werden müssen.

(Schluß siehe 2. Blatt.)

Das Besoldungsgesetz für die Reichsbeamten

ist veröffentlicht worden. Es enthält vier Besoldungsordnungen: 1. für die etatsmäßigen Reichsbeamten, 2. für die gesandtschaftlichen und Konsularbeamten, 3. für die Offiziere des Reichsheeres und der Marine, 4. für die Unteroffiziere des Reichsheeres und der Marine. Der Entwurf bestimmt ferner: Diensteinkommen für Nebenämter und Nebenbeschäftigungen können ebenso wie Funktions-, Stellen-, Teuerungs- und andere Zulagen, die in den Besoldungsordnungen nicht angegeben sind, nur in soweit bewilligt werden, als der Reichshaushaltsetat Mittel hierzu zur Verfügung stellt. Die Bezüge der nicht etatsmäßigen Beamten bestimmt der Reichskanzler. Beigefügt ist dem Gesetze ein neuer Tarif für den Wohnungsgeldzuschuß und eine Einteilung der Orte in Ortsklassen. Der Wohnungsgeldzuschuß wird nach dem Ortssatz des dienstlichen Wohnsitzes gewährt. Bei Bemessung der Pension wird der Durchschnittssatz des Wohnungsgeldzuschusses für sämtliche Ortsklassen in Anrechnung gebracht.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1908 in Kraft. Die auf Grund des Etats für 1908 gewährten einmaligen Teuerungszulagen sowie alle sonstigen künftig fortfallenden Zulagen sind auf die den Beamten hiernach zukommenden Nachzahlungen in Anrechnung zu bringen.

Die Besoldungsordnung I umfaßt 69 Klassen. Wir heben hervor:

Klasse 1b: Unterbeamte der Landbriefträgerklasse 1000—1200 Mk.

Klasse 2a und b: Schaffner, Bremser, Schirrmänner, Portiers, Bahnsteigschaffner 1000 bis 1500 Mk.

Klasse 3a: Schaffner bei der Postverwaltung 1100—1600 Mk.

Klasse 5: Post- und Telegraphengehilfinnen 1300—1800 Mk.

Klasse 7b: Unterbeamte der Postverwaltung in gehobenen Dienststellen, Telegraphisten, Bahnhofsaufseher 1400—2000 Mk.

Klasse 9: Waffenmeister, Büchsenmacher 1500—2100 Mk.

Klasse 12: Lokomotivführer 1400—2400 M.

Klasse 20: Bureaubeamte 2. Klasse der Postverwaltung, Post- und Telegraphenassistenten, Postverwalter 1650—3300 Mk.

Klasse 26b: Post- und Telegraphensekretäre 1800—4000 Mk.

Klasse 30: Marinezahlmeister 2500 bis 4200 Mk.

Klasse 31a: Zahlmeister der Heeresverwaltung 2800—4200 Mk.

Klasse 34b: Oberpostsekretäre und Obertelegraphensekretäre 2100—4500 Mk.

Klasse 42b: Proviantmeister, Lazarettverwaltungsdirektoren, Rendanten bei Bekleidungsämtern 3200—5000 Mk.

Von den Unteroffizieren erhalten diejenigen mit weniger als $5\frac{1}{2}$jähriger Dienstzeit 302,40, diejenigen mit mehr als $5\frac{1}{2}$jähriger Dienstzeit 475,20, mit mehr als 9jähriger Dienstzeit 565,20, Feldwebel und Wachtmeister 745,20 Mk. Löhnung.

Wohnungsgeldzuschuß

		Tarifklasse					
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.
Ortsklasse	A.	2250	1800	1350	810	570	480
	B.	1800	1350	990	650	480	360
	C.	1350	1080	810	540	400	290
	D.	1080	900	720	450	320	220
	E.	900	810	630	330	250	150
Pensionsfähig		1476	1188	900	556	404	300

Zum neuen Kaiser-Interview,

dessen Veröffentlichung bekanntlich unterdrückt ist, erklärt die New-Yorker Century-Company, wie der Times telegraphiert wird, der Artikel Hales über Kaiser Wilhelm wurde vom Verfasser zurückgezogen. Er fühlt in anbetracht der jüngsten Ereignisse, daß es Unrecht von ihm wäre, bei der Veröffentlichung zu beharren. Auf weitere Anfrage erklärte die Gesellschaft, sie habe weiter nichts darüber zu sagen, für sie sei die Sache erledigt. Hale habe um Zurückziehung gebeten, und sie hätte dies genehmigt. — Aus anderen Quellen verlautet, daß die New-York Times im vorigen Sommer ein ähnliches Gespräch mit Kaiser Wilhelm zu erlangen suchte, wie es Hale mit Präsident Roosevelt geführt hatte. Der damalige deutsche Botschafter Speck von Sternberg billigte den Vorschlag, und gab Hale Empfehlungen an das Auswärtige Amt. Hale ging nach Berlin und von da nach Norwegen, wo er am 29. Juli bei Bergen an Bord der Jacht des Kaisers empfangen wurde. Der Kaiser ging allein mit Hale fast zwei Stunden an Deck auf und ab, und unterhielt sich aufs lebhafteste über amerikanische Angelegenheiten, besonders über die Persönlichkeit des Präsidenten Roosevelt, sowie über andere interessante Gegenstände. Der Newyorker Korrespondent der Londoner Times erklärt, ihm werde zu verstehen gegeben, daß der Herrscher in nicht schmeichelhaften Ausdrücken über hohe englische Persönlichkeiten gesprochen habe, und daß die angebliche Haltung Englands gegen Deutschland in einer durchaus nicht freundschaftlichen Art besprochen wurde, kurz, daß das Interview eine keineswegs freundschaftliche Gesinnung gegen England verraten habe. Der Artikel sei von Hale dem Auswärtigen Amt unterbreitet worden. Dieses habe ihn beanstandet, aber nicht so sehr wegen des Inhalts, als weil er in einer Tageszeitung, der New-York Times, erscheinen sollte, infolgedessen scheine die New-York Times die Veröffentlichung aufgegeben zu haben. Später habe jedoch das Auswärtige Amt den Artikel gebilligt, möglicherweise nach irgendwelcher Auslassung im Text, und unter der Bedingung, daß er in einem Magazin von hohem Ruf erscheinen müsse. Darauf habe das Century den Artikel von Hale gekauft. Die Unterdrückung des Artikels verursache große Kosten, man glaube, es werde nicht möglich sein, das schließliche Erscheinen des Artikels in irgendeiner weniger verantwortlichen Zeitschrift zu verhindern. da bereits viele Abzüge des Artikels existierten und er bereits in einem Teile der Dezember-Nummer gedruckt war. Es sei sehr wahrscheinlich, daß außenstehende Personen solche Nummern besäßen und Mittel finden würden, den Artikel zu veröffentlichen. Die New-York Times, das Century Magazine und Hale hätten durchweg mit Diskretion und im Gefühl ihrer Verantwortlichkeit gehandelt.

Deutschland.

— **(Diplomatisches Revirement.)** Nach der „Nordd. Allg. Ztg." sind in der Besetzung der Posten der diplomatischen Missionschefs einige Veränderungen eingetreten. Zum Nachfolger des in den Ruhestand versetzten Wirkl. Geh. Rates v. Radowitz auf dem Botschafterposten in Madrid ist der bisherige Gesandte in Lissabon, Wirkl. Geh. Rat Graf v. Tattenbach, ernannt worden. der in Lissabon durch den derzeitigen Gesandten in Belgrad, Wirkl. Geh. Rat Prinzen Max von Ratibor und Corvey, ersetzt wird. Den Gesandtenposten in Belgrad hat der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, v. Reichenau, denjenigen in Rio der bisherige Gesandte in Athen, Wirkl. Geh. Rat Graf von Arco-Valley, erhalten, während nach Athen der zuletzt vertretungsweise in Tanger tätig gewesene derzeitige Gesandte in Mexiko, Freiherr von Wangenheim, berufen, und der Posten in Mexiko dem derzeitigen Generalkonsul in Neuyork, Geheimen Legationsrat Bünz, verliehen worden ist. Auf den durch den Tod des Freiherrn Speck von Sternburg freigewordenen Botschafterposten in Washington geht der bisherige diplomatische Agent und und Generalkonsul in Kairo, Gesandter Graf von Bernstorff, als dessen Nachfolger der derzeitige Botschaftsrat in Washington, Graf von Haßfeld-Wildenburg, in Aussicht genommen ist.

— **(Gegen die Brausteuer.)** Der Vorstand des Schutzverbandes der Brauereien der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe. dem fast die gesamte Norddeutsche Brausteuergemeinschaft und mehr als 100 000 Gastwirte angehören, hat einstimmig beschlossen, die neue Brausteuervorlage auf das entschiedenste zu bekämpfen, da durch die Annahme der Regierungsvorlage der größte Teil der schon durch die letzte Steuererhöhung schwer geschädigten Gewerbe dem Untergange preisgegeben sein würde.

— **(Der Luftkrieg.)** Aehnliche Versuche wie das Abwerfen von Sprenggeschossen mit automatischer Zündung aus Fesselballons sollen, Mitteilungen an die „Mil.-pol. Korrespondenz" aus militärischen Luftschifferkreisen zufolge, demnächst auch am Parseval-Ballon und am lenkbaren Militärluftschiff (des Majors Groß) vorgenommen werden. Zur Verwendung werden wiederum Granaten von erheblicher Brisanz kommen. Der zu verwendende Sprengstoff dessen Zusammensetzung geheim bleibt, soll so beschaffen sein, daß eine Explosion nur beim Aufprallen des Geschosses aus erheblicher Höhe, also bei größter Kraftentwicklung, erfolgt, da andernfalls — bei übermäßiger Empfindlichkeit der Sprengfüllung — das Flugschiff zu sehr gefährdet sein würde. Die bisherigen Versuche deuten darauf hin, daß eine zuverlässige Treffwirkung nur zu erreichen, ist, falls es gelingt, den Ballon möglichst senkrecht über das Ziel zu bringen. Die Wichtigkeit dieser Versuche ist um so größer und einleuchtender, als — was nicht allgemein bekannt ist — die früheren internationalen Vereinbarungen erloschen sind, wonach keine Sprengstoffe usw. aus Luftballons geworfen werden dürfen.

Ausland.

Dänemark.

— **(Ein Mitschuldiger Albertis.)** Justizrat Peschardt, ein Vertrauter des ehemaligen Ministers Alberti, ein hervorragendes Mitglied des Odd. Fello Ordens, wurde wegen fortgesetzter Unterschlagung ihm anvertrauter Mittel zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Westfalen u. Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 12. Nov. Der von 14 Mitgliedern besuchten Sitzung der Stadtverordneten am Dienstag, lag zunächst ein Magistratsantrag auf Ankauf von Grundstücken vor. Es handelt sich dabei um Grundstücke am Zechenweg und an der Eisenbahn, welche für den Bau der elektrischen Straßenbahn Unna—Kamen—Bergkamen erforderlich sind. Der Preis für die Quadratrute schwankt zwischen 20 und 40 Mk. Versammlung bewilligt die entstehenden Kosten mit insgesamt 7000 Mk.

Eine längere Debatte entstand über die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Bohnwinkel in Sachen der geplanten Gleisanlage für die elektrische Straßenbahn Unna—Kamen, soweit die Strecke Königsborn—Kamen in Betracht kommt, wobei der Interpellant auch die Verhandlungen der Unnaer Stadtverordneten in dieser Sache erwähnte. Herr Bürgermeister v. Basse teilte mit, daß auch der hiesige Magistrat s. Zt. Schritte gegen den geplanten Schwellenunterbau eingeleitet habe, und erwähnte noch, daß s. Zt. auch Herr Bürgermeister Koch-Unna gemeint habe, es ließe sich eigentlich nichts dagegen erinnern, wenn der Bau in der von der Kleinbahn-Abteilung geplanten Art ausgeführt werde. Ebenso habe die Kleinbahn-Abteilung auf seine Anfrage geantwortet, daß bei ihr von den angekündigten Protesten noch kein einziger eingegangen ist: doch dürfte dies daran liegen, daß die Proteste vom Landratsamt noch nicht weiter gegeben sind. Denn auf den 20. November ist ein Termin zur Prüfung der eingegangenen Beschwerden angesetzt, mit welcher eine nachmittags 3 Uhr am Bahnübergang Königsborn beginnende Bereisung der Strecke verbunden wird. Herr v. Basse erklärte noch, daß er den Ausbau der ganzen Strecke mit Rillenschienen auch nicht befürworten könne, umsomehr, da auch Herr v. Buddenburg behauptet, der Schwellen-Unterbau schließe keine Schädigung des Verkehrs und der Anlieger in sich. Herr Hofius wünscht, daß trotzdem von der Stadt aus Schritte gegen die geplante Gleisart getan werden, da ein öffentliches Interesse vorliegt, weil die geplante Gleisanlage den Verkehr auf der Chaussee hindert Als die Kamener Stadtverordneten s. Zt. die finanzielle Beteiligung an dem Straßenbahnunternehmen beschlossen, gingen sie von der Voraussetzung aus, daß durchgehend Rillenschienen zur Verwendung gelangen. Redner ist für Rillenschienen, weil sonst den Leuten, welche an der Chaussee bauen wollen, das Bauen erschwert wird, denn es wird wegen der damit verbundenen Ersparnis an Straßenbaukosten vornehmlich nur an der Chaussee gebaut. Herr Bürgermeister v. Basse macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß eventl. die beteiligten Gemeinden die durch die Rillenschienen entstehenden Mehrkosten tragen müßten, denn man habe ihm auch schon vorgehalten, die Kosten für die Strecke bis Bahnhof Kamen hätte eigentlich die Stadt Kamen zu tragen Schließlich wird ein Antrag Hußmann angenommen, wonach der Magistrat ersucht wird, nach Möglichkeit für den Einbau von Rillenschienen einzutreten.

Bezüglich der Beteiligung an dem außerordentlichen Städtetag in Dortmund empfiehlt Herr Hofius zur Ersparnis von Kosten nur Herrn Bürgermeister v. Basse mit Vollmacht zur Vertretung der Stadt zu versehen und auf die Entsendung von vier Vertretern zu verzichten. Auch Herr Hußmann unterstützt den Antrag. doch wird schließlich der Magistratsantrag angenommen, wonach zwei Magistratsmitglieder und zwei Stadtverordnete zu entsenden sind. Als Vertreter der Versammlung werden die Herren Hofius und Bohwinkel gewählt.

Infolge Ueberfüllung einzelner Klassen an der kleineren evangelischen Schule (zwei Klassen zählen je 93 Schüler) macht sich zu Ostern 1909 die Einrichtung einer neuen Klasse und damit die Anstellung einer neuen Lehrkraft erforderlich. Hierzu erteilt Versammlung ihre Zustimmung.

Der vom Magistrat und der Schuldeputation gestellte Antrag, bei Neubauten außerhalb der Grenzen des fertiggestellten Bebauungsplanes die auf Grund des Ansiedlungsgesetzes vorgesehene Abfindungssumme für Schullasten nicht zu erheben, wenn nur höchstens Vier-Familienhäuser in Betracht kommen, wird genehmigt.

Zur Kenntnis genommen wird ein Schreiben der Königl. Regierung zu Arnsberg, wonach die Volksschulinspektionen für die evangelischen Schulen der Stadt Kamen aufgehoben und die Schulen direkt der Kreisschulinspektion in Hamm unterstellt sind.

Das gleiche geschieht mit einem Schreiben der Kgl. Regierung in Sachen des Katasteramtes. Der Magistrat hatte unter Befürwortung des Katasteramtes Hamm angeregt, dieses Amt zu teilen und ein neues Katasteramt in Kamen einzurichten. Die Regierung hält jedoch bis auf weiteres eine derartige Teilung für nicht notwendig und hat deshalb den Antrag abgelehnt. Versammlung behält sich weitere Schritte bis zu gelegener Zeit vor.

Zum Schluß kam ein dringlicher Antrag des Sparkassenvorstandes zur Verhandlung, wonach am 1. Januar 1909 der Zinsfuß für Einlagen bei der Sparkasse auf $3\frac{3}{4}$% herabgesetzt werden soll. Begründet wurde der Antrag, welcher die Zustimmung der Versammlung fand, mit dem gegenwärtig in Geltung befindlichen billigen Geldstand.

*

Handel und Industrie.

Kamen, 12. Nov. **(Die Aussichten der Elektrizitäts-Industrie.)** In einem Artikel eines Berliner Börsenblattes, der sichtlich von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft inspiriert ist, äußert sich die Verwaltung recht pessimistisch über die Aussichten. Sie führt aus: „Was die künftige Geschäftslage betrifft, so sind die Aussichten trotz der großen Aufträge, mit denen die A. E. G. am 1. Juli in das neue Geschäftsjahr eingetreten ist, nicht allzu günstig. Von den 239 Mill. Mark Aufträgen datiert wohl ein erheblicher Teil noch aus Abschlüssen, die bereits vor mehreren Jahren stattfanden und inzwischen nur zum Teil zur Abwicklung gelangten, In neuerer Zeit gehen in der Elektrizitätsindustrie die Aufträge weit langsamer als vor Jahresfrist ein. Große Gefahren drohen den deutschen Firmen aus verschiedenen Richtungen. An erster Stelle ist zu betonen, daß die unglückliche auswärtige Politik, welche das Deutsche Reich verfolgt, sich in empfindlicher Weise bemerkbar macht. Nahezu die Hälfte der deutschen elektrotechnischen Erzeugung ist auf den Export angewiesen, und bei diesem Export stößt man gegenwärtig auf enorme Schwierigkeiten, welche durch den Widerwillen der Ausländer gegen den Ankauf deutscher Fabrikate hervorgerufen werden. Unsere auswärtige Politik hat es dahin gebracht, daß wir in allen Ländern nur noch Feinde haben, die auch auf wirtschaftlichem Gebiet aus ihrer Abneigung gegen Deutschland kein Hehl machen. Weitere Gefahren erwachsen der Industrie aus den neuen Gesetzentwürfen

*

Kamen, 12. Nov. **Eine öffentliche Gewerkvereinsversammlung** fand am Sonntag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Rieder in Kamen statt, einberufen vom Ortsverband Kamen der deutschen Gewerkvereine H. D. Dieselbe hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen, sodaß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Tagesordnung lautete: Der wirtschaftliche Niedergang und seine Folgen für die Arbeiterschaft, sowie die Aufgaben der deutschen Arbeiter in Gegenwart und Zukunft. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung sprach der Gewerkvereinssekretär Braun aus Dortmund, welcher in eingehender Weise die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lebenslage der Arbeiter schilderte. Redner meinte, unter Hinweis auf eine Reihe von Beispielen, daß es das Bestreben der Arbeitgeber sei, in schlechten Zeiten die Produktionsleistung der Arbeiter zu erhöhen, demgegenüber aber die Löhne zu reduzieren, trotz der guten Gewinne, die bisher die Industrie erzielt habe. Sehr scharf verurteilte er das Bestreben der Arbeitgeberzeitung, die in ihrer letzten Nummer den großen Umfang der Arbeitslosigkeit in Frage stelle, und die Gemeinden, sowie den Staat vor allzu großer Bereitwilligkeit, Notstandsarbeiten vorzubereiten, warnte. Der Referent wies nach, daß es in dem Bestreben der Industriellen liege, durch Heranziehung von immer neuen Arbeitskräften die Arbeitslosenziffer in Verbindung mit einem Sperrsystem zu vergrößern, um sich eine gefügige Arbeiterschaft zu schaffen. Hierzu müsse die Arbeiterschaft die notwendige Stellung einnehmen und durch Schaffung von starken Organisationen sich die Möglichkeit schaffen, an der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken. Seine interessanten Ausführungen schloß der Referent, indem er zum Eintritt in die deutschen Gewerkvereine aufforderte.

Der zweite Referent Hendrich von Dortmund sprach an Stelle des verhinderten Herrn Schmidt aus Oberhausen über die Aufgaben der deutschen Arbeiter in Gegenwart und Zukunft. Ausgehend von der Entwickelung der Wirtschaftsverhältnisse schilderte er den Werdegang der Arbeiterbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung. Nicht verkennend, daß unsere heutige Gesetzgebung in ihrer Fürsorge für den Arbeiter noch viel zu wünschen übrig lasse, forderte er die Arbeiter auf, gemeinsam mit den sozial gesinnten Kreisen unserer Bevölkerung mitzuarbeiten, um durch Hebung der Lage der Arbeiter den sozialen Frieden herbeizuführen. Die von ihm geschilderten Aufgaben könne die Arbeiterschaft nur erreichen, wenn sie sich starke Organisationen schaffe, auf dem Boden der partei- und kirchenpolitischen Neutralität, wie ihn die deutschen Gewerkvereine trotz aller Anfeindungen von rechts und links unentwegt vertreten hätten. Beide Referate fanden lebhaften Beifall, und schloß sich an dieselben eine rege Diskussion, welche sich den Ausführungen der Referenten anschloß. Nachdem eine Reihe der Anwesenden sich zur Aufnahme in den Gewerkvereinen meldeten, wurde die interessante Versammlung geschlossen. Mit dem Verlaufe der Versammlung kann der Ortsverband Kamen nur zufrieden sein, und wird derselbe sicherlich der Gewerkvereinssache förderlich sein.

Kamen, 11. Nov. **(Verschiedenes.)** Nach einer Verfügung des Reichspostamts darf vom 15. November ab der Wert des Inhalts der **Postpakete** nach den Vereinigten Staaten von Amerika 50 Dollars nicht mehr überschreiten.

Dortmund, 11. Nov. **Ein Ehedrama** spielte sich Dienstag nachmittag zwischen den Eheleuten Schlosser Paul Mitschke ab. Mitschke der einen kurzen Wortwechsel mit seiner Ehefrau hatte, gab aus einem neuen Armeerevolver 3 Schüsse auf seine Frau ab, die die linke Schläfe trafen und den sofortigen Tod herbeiführten. Sodann richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich in die rechte Schläfe. Glücklicherweise befand sich das 5jährige Töchterchen der Eheleute nicht in der Wohnung, sonst wäre es wahrscheinlich der wahnwitzigen Tat seines Vaters auch zum Opfer gefallen. Der Arzt, Herr Dr. Heine, konnte nur noch den Tod der beiden Ehegatten feststellen. Die Ursache zu der Tat suchte Mitschke angeblich darin, indem er an der Treue seiner Ehefrau zweifelte. Große Teilnahme verdienen die Schwiegereltern des Mitschke., Eheleute Händler Böhme, deren zweiter Schwiegersohn beim Einsturz der Kölner Rheinbrücke den Tod fand. Die Eheleute Mitschke lebten in guten Verhältnissen.

Hagen, 10. Nov. **In großes Unglück** haben mehrere Hagener Eisenbahnbeamte sich und ihre Familien gebracht. In der letzten Zeit hatte man wiederholt bemerkt, daß in Eisenbahnzügen, die von oder nach Hagen fuhren, Kolidiebstähle vorgekommen waren. Da es sich stets um solche Züge handelte, die von Hagener Personal begleitet wurden, war es ein leichtes, die Leute zu beobachten. Unvermutet wurde dann eine Haussuchung bei den in Betracht kommenden Beamten vorgenommen und dabei fand man große Posten der gestohlenen Sachen wieder. Außer Kleidungsstücken und Lebensmitteln sind auch allerlei Luxus- und Wertsachen entwendet worden. Die Hagener Kriminalpolizei hat jetzt einen Zugführer und drei Schaffner verhaftet. Die Diebstähle sollen schon seit 10 Jahren gemeinsam verübt worden sein. Der Zugführer ist bereits 31 Jahre, die Schaffner sind 10 Jahre im Dienst. Alle vier sind in Haft genommen. Sie sind verheiratet und einer davon hat eine Familie mit 9 Kindern.

(?) **Gelsenkirchen,** 10. Nov. **(Ueberfall auf einen Polizeibeamten.)** In einer der letzten Nächte wurde der Polizeisergeant Becker von drei Kerlen, die er wegen ungebührlichen Betragens zur Rede gestellt hatte, überfallen, zu Boden geworfen, seines Säbels und seines Dienstrevolvers beraubt und durch Schläge und Stöße so schwer verletzt, daß er besinnungslos auf der Straße liegen blieb. Als mehrere Personen die Verfolgung der Täter aufnahmen, feuerten dieselben aus dem dem Beamten entrissenen Revolver sechs Schüsse ab, die zum Glück ihr Ziel verfehlten. Es gelang, die Uebeltäter festzunehmen. Es sind die Bergarbeiter Weygand, Riesten und Brommer.

** **Bottrop,** 10. Nov. **Eine furchtbare Bluttat,** bei der zwei Menschenleben mit einem Schlage vernichtet wurden, spielte sich Sonntag abend in der Wohnung des Bergmanns Johann Tomiczek ab. Dort geriet der Bergmann Tomiczek mit dem Bergmann Wilhelm Noschka in Streitigkeiten. Hierbei zog Noschka ein Messer und stach auf seinen Gegner los. Aber auch dieser hatte ein Messer ergriffen und auf seinen Gegner losgestochen. Tomiczek erhielt einen Stich in das linke Auge, so daß anscheinend das Messer in das Gehirn drang. Noschka erhielt mehrere Stiche in den linken Oberschenkel, wobei die Oberschenkelschlagader getroffen wurde. Tomiczek war sofort tot, Noschka lebte noch kurze Zeit und starb an Verblutung, bevor ihm ein Verband angelegt werden konnte. Tomiczek war verheiratet und Vater von 6 Kindern. Noschka war ledig. Die Leichen wurden einstweilen beschlagnahmt.

Essen, 9. Nov. **(Millionenpumpy.)** Aus Essen a. Ruhr wird zur Aufnahme einer neuen Anleihe geschrieben: Erst vor 1½ Jahren hatte die Stadt Essen eine Anleihe von 8 Millionen Mark abgeschlossen, und schon wieder, nachdem diese Summe aufgebraucht ist, sieht sich die Stadtverwaltung genötigt, einen großen Pumpy anzulegen, und zwar um nicht weniger als 25 Millionen Mark. Auf Kosten dieser 25

Millionen sind bereits 10 Millionen verbraucht, wodurch enorme Bankkredite in Anspruch genommen werden mußten. Die Essener Schulden betragen im Jahre 1908 rund 45 Millionen Sie werden jetzt, nachdem die Stadtverordnetensitzung die Anleihe genehmigt hat, rund 70 Millionen betragen. Essen genießt somit den traurigen Ruhm, unter den Großstädten des Industriebezirks die meisten Schulden zu haben.

H **Elberfeld,** 11. Nov. **(Motorluftschiffahrtsgesellschaft.)** In einer von zahlreichen Luftschiffern unter Leitung des bekannten Aeronauten Oskar Erbslöh hier abgehaltenen Versammlung wurde die Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Motorluftschiffahrtsgesellschaft beschlossen. Die Gesellschaft soll den Zweck verfolgen, die Motorluftschiffahrt zu fördern und durch die Erbauung eines Luftschiffes die letzten Erfolge des Motorluftschiffes für Sportzwecke dienbar zu machen. Die endgültige Konstruierung der Gesellschaft soll in einer in Wochen stattfindenden Versammlung erfolgen.

** **Barmen,** 9. Nov. **In einen interessanten Prozeß** ist unsere Stadt verwickelt. Sie ist nämlich von 24 älteren Polizeibeamten verklagt worden, und zwar wegen Kontraktbruchs und auf Schadenersatz. Der Prozeß, der evtl. für die Stadt von großer finanzieller Tragweite sein kann, hat folgende Geschichte: Die Kläger, die s. Zt. als Tagespolizeisergeanten auf Lebenszeit angestellt wurden, sind durch Verordnung des neuen Inspektors Ostermann von Remscheid neuerdings verpflichtet worden, auch des Nachts Dienst zu tun. Hierin erblickte sie einen Bruch des abgeschlossenen Vertrages und verlangen nun die Feststellung, daß die Stadt zu Unrecht sie zum Nachtdienst bestimmte. Ferner fordern sie für den Fall, daß sie in der Zukunft auch wieder Nachtdienst verrichten sollen, eine Entschädigung dafür, da der Nachtdienst Umwälzungen im Familienleben erfordert. Man könne doch nicht verlangen, daß ein des Morgens vom Dienst heimkehrender Beamter in den während der Nacht bereits benutzten Betten und in dem durchdünsteten Zimmer schlafe. Sie seien also gezwungen, sich ein weiteres Zimmer und ein neues Bett anzuschaffen. Auch habe der ungewohnte Nachtdienst im Gefolge, daß die alten Leute häufig von Krankheit befallen und um eine höhere Pensionierung einkommen müßten. Die beklagte Stadt ging auf die Klagehauptsache gar nicht ein und beantragte die Abweisung der Kläger, weil das Elberfelder Landgericht gar nicht kompetent sei, sondern der Bezirksausschuß. Dieser habe aber eine Beschwerde der Kläger bereits mit Recht abgewiesen. Man ist auf das Urteil, welches am 20. November gefällt werden soll, allgemein gespannt.

** **Düren,** 10. Nov. **(Von Straßenräubern überfallen.)** Sonntag abend wurde auf dem Wege von Buir nach Blatzheim von zwei Strolchen ein Attentat auf ein 20jähriges Mädchen verübt. Nachdem die Wegelagerer dem Mädchen das Portemonnaie abgenommen hatten, versuchten sie die Aermste zu vergewaltigen. Da sich das Mädchen aber heftig zur Wehr setzte, feuerte der eine der Strolche zwei Revolverschüsse ab, wovon einer dem Mädchen in den Kopf drang. Die Hilferufe der Ueberfallenen veranlaßten die Attentäter schließlich, von ihrem Opfer abzulassen und davonzueilen. Sie entkamen unerkannt. Das schwerverletzte Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht.

** **Mainz,** 9. Nov. **Hier erschoß sich** der Mitinhaber einer der bedeutendsten Banken von Hessen, Karl Oppenheim. Schwere finanzielle Verluste sollen die Ursache des Selbstmordes sein.

Die Irrenhausaffäre

des Stadtverordneten Lubecki in Beuthen.

Nach Eröffnung der Sonnabend-Sitzung wird zunächst die Zeugin Frau Lubecki vorgerufen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Halpert bestätigt die Zeugin, daß sie am Tage vor der Entlassung ihres Ehemannes aus dem Irrenhause mit Dieterichs einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieser im Falle, daß er von dem Ehemann entlassen werden sollte, eine Extra-Remuneration erhalten sollte. Auf Grund dieses Vertrages hat Dieterichs einen Prozeß angestellt, der aber keinen Erfolg gehabt hat.

Der Zeuge Dieterichs, ein Mann von 28 Jahren, wird eingehend über die Zeit und den Umfang seiner intimen Beziehungen zu Frau Lubecki befragt. Er habe sich als

Freund der Familie

betrachtet, „und so sei es dann so gekommen ohne daß er sich etwas besonderes dabei gedacht habe". Die Intimitäten hätten erst nach der Internierung des Herrn Lubecki begonnen, und seien über den Austausch von Küssen nicht hinausgegangen. — Der als Zeuge aufgerufene Landesrat Schoelzel ist 5½ Jahre in der Provinzialverwaltung und 23 Jahre Jurist. Er gibt eingehende Auskunft über die Bestimmungen, die für die Aufnahme in öffentliche Irrenanstalten solcher Personen gültig sind, die den Landarmenverbänden zur Last fallen. Die Aufnahme auch in die Pensions-Abteilung bedarf der Zustimmung des Aufzunehmenden oder derjenigen Person, die gesetzlich befugt ist, über die Person des anderen zu verfügen. Lubecki sei mit seinem Schwager in Leubus erschienen und habe selbst gesagt, daß er aufgenommen werden wolle. Deshalb sei die Aufnahme nach den allgemeinen Aufnahm-Bestimmungen korrekt erfolgt. — Es wird nunmehr

der Leiter der Irrenanstalt Leubus,

der Geheime Sanitätsrat Dr. Alter als Zeuge vernommen, der folgendes bekundet. Er sei an dem Tage, als Lubecki in die Anstalt aufgenommen wurde, auf Urlaub gewesen. Die Aufnahmeformalitäten habe sein als Assistenzarzt angestellter Sohn durchaus korrekt erledigt. Die ganze Art, wie Lubecki anderen Kranken die intimsten Mitteilungen aus seinem Leben machte, habe keinen Zweifel an dem Vorliegen einer sogenannten Stimmungs- oder Affektspsychose übrig gelassen. Es griff bei L. die Bettruhe- und Badebehandlung Platz. Im Laufe des Oktober sei bei L. eine Beruhigung und Besserung eingetreten, so daß seitens der Anstaltsleitung dies am 25. Oktober dem Staatsanwalt in Beuthen auf eine Anfrage mitgeteilt werden konnte. Anfang November sei dann erwogen worden, ob man ihn entlassen könne und der Ehefrau wurde vorgeschlagen, ihn in ein offenes Sanatorium zu überführen. Vorher sei aber noch ein schwerer Erregungszustand eingetreten, so daß von einer Ueberführung vorläufig noch Abstand genommen werden mußte und erst am 30. Januar die Entlassung erfolgen konnte. Der Zeuge äußerte sich sodann über die einzelnen Punkte des inkriminierten Artikels und betonte zunächst, daß es völlig unrichtig sei, daß Lubecki „zur Strafe" in das Wasserbad gesteckt worden sei, wie in dem Artikel behauptet werde. Ebenso sei es unrichtig, daß das Wasserbad ein bekanntes und gefürchtetes Strafmittel in Leubus sei. Jeder Sachverständige werde ihm bestätigen, daß

die Dauerbadbehandlung die mildeste Methode

sei, die zur Beruhigung der Kranken in Anwendung gebracht würde. Unrichtig sei ferner die Behauptung des Artikels, Lubecki sei bei der Inspizierung durch den Landeshauptmann verborgen gehalten worden. Der Vorfall habe sich so abgespielt, daß Lubecki wegen seines Fluchtversuchs am 30. September Bettruhe in der Beobachtungsstation verordnet worden sei, wobei ihm natürlich, wie es üblich sei, die Kleider weggenommen worden wären. Ueber das Nichtabsenden von Schriftstücken des Herrn Lubecki äußert sich Geh. Rat Alter dahin, daß die Eingaben usw. von Kranken an Behörden über Entmündigungsangelegenheiten weitergeschickt werden. Dagegen werden Schriftstücke solcher Kranker, die über kurz oder lang entlassen werden dürften, nicht immer abgeschickt. Der Vorsitzende fragt, warum denn ein Telegramm des Lubecki an die Staatsanwaltschaft, in welcher er sich über seine Zurückhaltung in der Anstalt beschwert, nicht abgeschickt worden ist. — Geh. Rat Alter erklärt dies damit, daß dieses Telegramm nur als ein

Produkt der Stimmungsschwankung

des Lubecki betrachtet wurde. — Referent Landgerichtsrat Kämpfe: Dem Herrn Lubecki sind in der Anstalt Geschäftsbriefe mit aufregendem Inhalt ausgehändigt worden. War das nicht auch ein plausibler Grund, ihn in Depression zu versetzen? — Zeuge: Ja. — Landgerichtsrat Kämpfe: Reicht nicht auch begründete Eifersucht dazu aus, um eine Affektions-Psychose auszulösen? — Zeuge: Das ist doch nur bedingt zuzugeben. — R.-A.Dr. Halpert: Stimmt es, daß die Aerzte in der Anstalt zunächst an dem Verdacht festgehalten haben, daß es sich um Paralyse handelt? — Zeuge: Ja, es ist aber über den Verdacht nicht herausgekommen, und der Verdacht ist dann fallen gelassen worden. — Verteidiger: Wie ist der Ausdruck „Affekt-Psychose" zu verdeutschen? — Zeuge: Mit „Stimmungs-Irrsinn". — Angekl. Schneidt: Wäre es nicht Pflicht gewesen, den Mann, der durch allerlei Schriftstücke versuchte, seine Freiheit zu erringen und dessen Eingaben man einfach ad acta legte, nach seinem Wunsche dem Landesdirektor vorzuführen? — Vors.: Gewiß, man hätte wohl den Landeshauptmann, wenn er auf seiner Inspizierung gerade durch die Räume kam, wo der Angeklagte sich aufhielt, darauf aufmerksam machen sollen, daß Herr Lubecki ihn sprechen wolle. Versehen kommen aber überall einmal vor. — Angekl. Schneidt: Das wollte ich ausdrücklich feststellen. — Hierauf wird der Zeuge Dr. Przybilski aus Beuthen vernommen. Er ist seit langen Jahren Hausarzt in der Familie gewesen. Nach seinen Wahrnehmungen haben sich die Eheleute L. immer im besten Einvernehmen gehalten, er habe oft den Eindruck gehabt, als ob sie noch

in den Flitterwochen

lebten und sei sehr erstaunt gewesen, als er eines Tages hörte, Lubecki sei ins Irrenhaus gebracht. Lubecki sei bei Diskussionen über Politik oder Religion sehr lebhaft gewesen, aber von einer Geistesstörung hat Zeuge bei ihm nie etwas bemerkt. — Oberarzt Dr. von Kunowski: Lubecki war vollständig darüber orientiert, daß die Pensionsanstalt Leubus ein integrierender Bestandteil der offenen Irrenanstalt ist, außerdem ist Leubus in Schlesien so bekannt, wie Dalldorf in Berlin. Kein Mensch hält Leubus für einen Luftkurort! Ich habe mich eingehend und lange mit Lubecki beschäftigt und kann bekunden, daß er an einer überaus heftigen akuten Psychose litt. Er hatte öfter heftige Wutanfälle und war so unruhig, daß die Patienten, die mit ihm zusammen waren, mit der Bitte hervortraten, sie doch von

diesem entsetzlichen Menschen

zu befreien; seine ewigen Klagen seien nicht auszuhalten, der Mann sei total verrückt.

Zu lebhaften Erörterungen mit dem Vorsitzenden kommt es, als der Angeklagte erklärt, er müsse wiederholt feststellen, daß Lubecki widerrechtlich in die Anstalt aufgenommen sei. Der Vorsitzende erklärt nachdrücklichst, daß dies ganz und gar nicht festgestellt sei. Im Gegenteil sei festgestellt, daß die Aufnahme absolut einwandsfrei sei. Er müsse entschieden untersagen, daß immer wieder aufs neue in so unerhörter Weise durch Fragen an den Zeugen

unberechtigte Zweifel

angeregt werden. — Angekl. Schneidt hält dieses Eingreifen des Vorsitzenden nicht für begründet und bittet, doch nicht nervös zu werden. Er selbst habe das Recht in Verteidigung seiner berechtigten Interessen die ihm notwendig erscheinenden Fragen an die Zeugen zu richten und lasse sich dies Recht nicht nehmen. — Rechtsanwalt Dr. Halpert: Er müsse namens des Angeklagten und in seinem eigenen Namen auf das nachdrücklichste gegen den Ton protestieren, den der Vorsitzende gegen sie anschlage. Nach der Ansicht des Angeklagten Schneidt könne keine Rede davon sein, daß eine „Feststellung im Sinne des Herrn Vorsitzenden" getroffen sei. Daß bei der Aufnahme korrekt verfahren sei, sei doch zunächst nur eine Ansicht des Vorsitzenden, und gegen diese habe Schneidt das Recht, seine Meinung geltend zu machen. — Angeklagter Schneidt erklärt, daß er durch die Unterbrechung des Vorsitzenden, die er nicht verdient habe, in seiner Verteidigung beschränkt worden sei.

Nachdem noch einige Zeugen vernommen sind, wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Aus aller Welt.

— **Getäuschte Mutterhoffnungen.** Fürstin von Hohenberg, die Gemahlin des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, ist von einem toten Knaben entbunden worden. Die Todesursache liegt in einer vorausgegangenen schweren Influenza der Fürstin, deren Befinden durchaus zufriedenstellend ist.

— **Notstandsarbeiten.** Die Stadtverordneten in Magdeburg bewilligten 50 000 Mark für Notstandsarbeiten und 300 Mark für eine Arbeitslosen-Zählung, die das Gewerkschaftskartell Ende November vornimmt.

— **Der Jagdunfall** des Grafen Zeppelin-Aschhausen. Zu dem Unfall, der dem Bezirkspräsidenten von Lothringen, Grafen Zeppelin-Aschhausen, bei der Jagd zugestoßen ist, wird jetzt mitgeteilt, daß eine nähere Untersuchung des verletzten linken Auges bisher noch nicht möglich gewesen ist. Die in der Würzburger Klinik zunächst vorgenommene Röntgen-Untersuchung hat ergeben, daß ein Schrotkorn, das in das obere Augenlied eingedrungen ist, sich hinter dem Auge in der Augenhöhle befindet. Es ist anzunehmen, daß das Schrotkorn die Augenhülle nicht durchbohrt hat, sondern am Auge vorbeistreifend nach rückwärts gedrungen ist und sich dort wohl einkapseln wird, ohne weitere Störungen zu verursachen. Der Kaiser ließ der Gräfin drahtlich seine Teilnahme aussprechen und um Mitteilung über den Vorfall bitten. Auch von der Kaiserin, dem Kronprinzen, dem Großherzogpaare von Baden und anderen gingen Anfragen ein.

— **In Liverpool** sind zwei weitere Personen an der Pest erkrankt. Einer der Erkrankten befindet sich auf dem Wege der Besserung.

— **Aus dem Fenster** des dritten Stockwerks stürzte sich Montag mittag in Kassel die 43 Jahre alte Gattin des Arztes Dr. Bloch, die mit ihrem Manne seit etwa dreiviertel Jahren in Scheidung stand. Die Frau begoß sich das Haar und ihr leichtes Morgengewand mit Petroleum, zündete dieses an und stürzte sich dann, lichterloh brennend, aus dem dritten Stockwerk ihres Hauses in der Bismarckstraße. Sie fiel auf den Sims des zweiten Stockwerks, riß diesen herab und stürzte auf das Pflaster der Straße, wo sie einen so schweren Schädelbruch erlitt, daß ihr sofortiger Tod eintrat.

— **Räuberischer Banküberfall.** Sonnabend versuchte in der Shafteebury Avenue Londons ein unbekannter Ausländer in dem Bank- und Wechselgeschäft von Cartmoll und Schlitte eine Kassette mit Geld zu rauben. Der Bankier Schlitte, welcher ihn festhalten wollte, erhielt von dem Individium einen Messerstich in das Auge. Der Räuber rannte hierauf die sehr belebte Straße entlang und stach wie wahnsinnig um sich. Ein Polizist und ein Fuhrmann wurden schwer, mehrere andere Passanten leichter verletzt. Er wurde schließlich durch eine Anzahl Droschkenkutscher überwältigt und nach der Polizei gebracht. Die Verwundeten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Es besteht wenig Hoffnung, Schlitte am Leben zu erhalten.

— **Zum Aufstieg** des Militär-Luftschiffes wird von anderer Seite gemeldet: Ein hartes Knallgeräusch gab zu dem Gerüchte Veranlassung, daß sich der Ballon entleert habe und unfreiwillig niedergegangen sei. In Wirklichkeit ist aber das Knallgeräusch aus der Tätigkeit des Motors entsprungen. Derartige Geräusche entstehen häufig, wenn der Motor einen zu starken Prozentsatz von Benzin enthält; dadurch wird die Gasmischung nicht völlig verbrannt und die Gase gelangen in unverbranntem Zustande in den Auspufftopf, wo sie sich entzünden. Aber auch eine andere Ursache scheint der mittelbare Anlaß zu den „Auspuffknallen" gewesen zu sein. Bei kalter Witterung bilden sich nämlich in den Röhren Niederschläge von Brennstoff. Bei niedriger Tourenzahl wird dadurch der Benzingehalt der Gasmischung größer als gewöhnlich, die Gase verbrennen nicht vollkommen, gelangen in den Auspufftopf und rufen die oben geschilderten Knallgeräusche hervor, ohne daß von einer Entleerung des Ballons die Rede sein kann.

— **Im bayerischen Nationalmuseum** sind große Unterschleife verübt worden. Es wurden besonders wertvolle Stücke, darunter unersetzliche „Unika" gestohlen. Es verlautet, daß englische Händler dabei die Hand im Spiele hatten. Einzelne der Stücke wanderten nach Berlin, Wien und Hamburg. Einer der Diebe wurde in der Person eines Studenten der Medizin verhaftet

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau, ℰ = Privattelegramm.

Die sozialdemokratischen Protest-Versammlungen.

H **Berlin,** 11. November. Die Sozialdemokraten hatten zu gestern abend 25 Volksversammlungen einberufen, in denen von Reichs- und Landtagsabgeordneten Deutschlands innere und äußere Politik behandelt wurde. Der Besuch war so stark, daß sämtliche Versammlungslokale polizeilich gesperrt werden mußten. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Versammlung protestiert auf das energischste gegen die neuesten Taten des persönlichen Regimes und die neue, vom Bundesrate vorgelegte Reichsfinanzreform. Die Versammlung fordert eine Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk und eine volle Verantwortlichkeit durch Reichsministerien, die allein dem Reichstage unterstehen. Die Versammlung lehnt es ab, für die herrschenden Klassen und ihre Regierung neue, die breiten Massen belastenden Steuern zu bewilligen, wie sie in der neuen Reichsfinanzreform wiederum gefordert werden. Die Versammlung demonstriert für den Frieden, dagegen den Krieg für das Volk gegen das persönliche Regime. Sie sendet schließlich von solchen Gesinnungen ausgehend, ihre brüderlichen Grüße des Friedens und der Solidarität allen sozialdemokratischen Parteien der Welt. — In der Umgebung der Versammlungslokale waren von der Polizei fliegende Wachen errichtet worden, die aber nirgends in Aktion zu treten brauchten.

Dampfkessel-Explosion.

* **Magdeburg,** 11. Nov. Durch eine Dampfkesselexplosion auf den Elektrizitätswerken wurden 6 Angestellte so schwer durch ausströmende Dämpfe verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

5 Arbeiter vom Zuge erfasst.

W **Charlerois,** 11. Nov. In der Nähe der Station Sacube wurden fünf Arbeiter, die an den Schienen entlang gingen, von einem vorüberfahrenden Zug erfaßt. Drei der Arbeiter wurden getötet, die beiden anderen verletzt.

Regentschaft in Luxemburg.

W **Luxemburg,** 11. Nov. Die ordentliche Tagung der Deputiertenkammer wurde heute eröffnet. Staatsminister Eyschen teilte mit, daß die geistigen Kräfte des Großherzogs so abgenommen hätten, daß die Einsetzung einer Regentschaft nötig wird.

Ein serbisch-türkisches Bündnis.

W **Belgrad,** 11. Nov. Maly Journal teilt mit, daß es Nowokowitsch in Konstantinopel endlich gelungen sei, ein Bündnis zwischen der Türkei und Serbien zu Stande zu bringen.



1446

Knorr's Grünkern-Mehl

Hochfeiner, aromatischer Grünkerngeschmack, appetitanregende Wirkung und bequeme Zubereitungsweise sind die besonderen Vorzüge von Knorr's Grünkernmehl.

Koche mit „Knorr".

1202 7806

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Zu naturgemässer Lebensweise

gehört Kathreiners Malzkaffee.

?1263

Bekanntmachung.

Etwa noch auf der Weide befindliches Weidevieh und Pferde sind in Anbetracht des anhaltenden Frostwetters **sofort** einzustallen, andernfalls gegen die Besitzer strafrechtlich vorgegangen werden wird.

Kamen, den 10. November 1908.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

M.-G.-V. „Auguste Viktoria"
KAMEN.

Sonnabend, den 14. ds. Mts.:

Familien-Abend.

Anfang 8 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**

Hierzu werden sämtliche Mitglieder mit Damen freundlichst eingeladen. 1514?

Der Vorstand.

Freunde, durch Mitglieder eingeführt, haben freien Zutritt.

Fuhrmanns-Verein
Kamen.



Der Verein feiert sein diesjähriges

Herbst-Kränzchen

am

Sonntag, den 15. ds. Mts.

im Saale der Frau Wwe. Goerts. — Karten a 75 ₰ im Vorverkauf sind bei den Mitgliedern und im Vereinslokal zu haben, an der Kasse 1,00 Mk.

Freunde und Gönner, sowie passive Mitglieder werden zu diesem Feste herzlichst eingeladen.

1504 **Der Vorstand.**

Achtung!



Kanarien-Zucht-Verein
für Kamen und Umgegend



veranstaltet am **14. und 15. November 1908** im Lokale L. Rieder am Markt seine große

Lokal-Ausstellung

verbunden mit

Prämiierung u. Verlosung durch Urne.

Es werden nur Kanarienhähne ausgelost. — **Los à Stück 15 Pfg.** Entree **35** Pfg. Außerdem ist noch eine große selbstspielende Kanarien-Lehrorgel ausgestellt, welche vom Publikum angehört werden kann.

Lose, welche von den Mitgliedern irrtümlich verkauft worden sind, werden an der Kasse umgetauscht. i1507

Der Vorstand. **Die Ausstellungs-Kommission.**

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,
Inhaber: **Peter Gross.**
CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung,
Steinhauerei,

Lager in:
Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.
Weiss- und Wasserkalk.
Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.
Spezialität: **Grab-Denkmäler**
in Marmor, Syenit u. Sandstein. 15

! Schuhwaren !

Eine bedeutende Schuhwaren-Manufaktur beabsichtigt am hiesigen Platze

eine Verkaufsstelle

ihrer anerkannt guten Schuhwaren

zu vergeben.

Kautionsfähige Reflektanten wollen Anfragen richten an 1506 **S. Wittenberg,** Repräsentant, **Magdeburg.**

+ Harn- u. Blasenleiden,

Ausfluss, Wasserbrennen, Harnzwang, Drang zum Uriniren, Entzündungen, Pollutionen, Samenergiessungen, Mannesschwäche, Nervenschwäche, Nervenzerrüttung. Unter Garantie, brieflich. **F. Jekel,** alt Apotheker, **Glarus I,** Schweiz. 20 ₰ Porto. „Ausschneiden." m3714

Hochheimer's Reklame-Verkauf

bietet einem jeden große Vorteil.!

Solange der Vorrat reicht

verkaufen wir ohne jede Rücksicht folgende Artikel zu **konkurrenzlos billigen Preisen.**

Damenhemden	Stück **75** Pf.	**Bettücher,** weiß	Stück **78** Pf.
Damenhosen	„ **88** „	**Bettücher,** bunt	„ **68** „
Nachtjacken	„ **95** „	**Damen- u. Kinderstrümpfe**	spottbillig.
Untertaillen	„ **95** „	**Taschentücher**	½ Dtzd. **48** Pf.
Korsetts	„ **98** „	**Damen-Gürtel**	Stück **10** „
Trägerschürzen mit Volant reich besetzt	„ **95** „	**Knaben-Lackgürtel**	„ **48** „
Zierschürzen	„ **15** „	**Ueberhandtücher,** fertig gestickt	„ **78** „
Zierschürzen mit Träger	„ **75** „	**Normal-Hemden**	„ **90** „
Zierschürzen mit Träger u. Volant reich besetzt	„ **95** „	**Hosenträger**	„ **50** „
Kinderschürzen in allen Läng.,	enorm billig.	**Manschettenknöpfe** Paar 10, 25,	**40** „
Lederschürzen	Stück **28** Pf.	**Vorhemd-Knopf-Garnitur** 3teilig	**18** „
Kaffeedecken	„ **95** „	**Selbstbinder und Lavalliers**	Stück **15** Pf.
Kommodendecken	„ **75** „		

Kleiderstoffe doppelt breit Meter **46** ₰

Kostümröcke von **195** ₰ an

Kleiderstoffe reine Wolle Meter **88** ₰

Außer diesen sind noch eine **Menge anderer Artikel zu Spottpreisen ausgelegt.** Jeder decke also seinen Bedarf im jetzigen **Reklame-Verkauf,** welcher alljährlich nur einmal stattfindet, von

Gebr. Hochheimer

Inh.: Karl Schotte

Markt **KAMEN** **Markt.**

1516t

Staubfuchbehälter.



Brandmalerei & Kerbschnittartikel
in reichhaltigster Auswahl bei:

C. H. Betzler, Kamen
Schulstrasse 6. 1508

Grösse 19 x 14 x 11 ctm
Preis vorraz. Mk. 1,20

Illustrierter Katalog zu Diensten.

Sämtliche Kolonialwaren

empfiehlt

billig

J. Brombach.

Wilh. Didier
Delikatessen und Koloniawaren.
Weststraße 18, Fernruf 154,
empfiehlt
feinsten 1511t

Aufschnitt

wie

Plockwurst, Cervelatwurst, Zungenwurst, Schwartemagen, Fleischwurst, Braunschweiger Leberwurst, Braunschweiger Mettwurst, Thür. Leber- u. Rotwurst, Thür. Preßkopf, stets frische Knackwürstchen, Sülze, roh. und gekocht. Schinken, Rauchfleisch, Lachsschinken, Lachs, Gänsebrust, geräuchert. Aal u. s. w.

Verlegte mein **Bureau** in Kamen nach

Nordstraße 33

bei Schmiedemeister Heckmann.

Hordzewitz,
1333 vereidigter Landmesser.

Rohrsitze von Stühlen
werden angefertigt. *1499
Rottstrasse 4. **Bürger.**

Gardinen
aller Art wäscht, färbt auf neu und repariert 731
Färberei
Galluschke
Waschanstalt.
Läden: Kamen, Weststrasse 88.
Unna, Massenerstrasse 12.

Magenleidenden
teile ich gerne u. unentgeltlich (lediglich gegen Retourmarke) mit, wie ich v. m. qualvollen Magenleiden ohne Heilmittel befreit wurde.

Fr. W. Thies,
Oberbeeksen Nr. 373.
h8174? (Amt Rehme.)

Täglich frische

Spekulatien.

1510 **C. Hillmann.**

Ia. neue

Haselnüsse

à **35** ₰ empfiehlt

J. Brombach.



Billige böhmische Bettfedern!
10 Pfund: neue gute M. 8.—, bessere M. 10.— weisse daunenweiche M. 15.—, M. 20.—, schneeweisse daunenweiche M. 25.—, M. 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet. Auf Wunsch sende Muster gratis u. franko.
Benedikt Sachsel, Lobes 118
9165 bei Pilsen, Böhmen.

Wegen notwendiger Reparaturen am Brühtopf bleibt das Schlachthaus am Sonnabend d. 14. d. M.

geschlossen.

Die Schlachthof-Verwaltung:
1517 Meyer.

Wirte-Verein
KAMEN.

Freitag den 13. cr., abends 6 Uhr,
beim Kollegen Wilh. Reinhard, Schützenhof:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl.
2. Rechnungslage.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

1509i **Der Vorstand.**



Turner-Feuerwehr
zu Kamen.

Samstag den 14. Nov. cr., abends 8½ Uhr:

Gesamtübung.

1505 **Der Brandmeister.**

Krieger- und Landwehr-Verein Methler.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Sonntag den 15. Nov., nachmittags 4½ Uhr,
im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:
1. Zahlung der rückständigen Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Kaisers Geburtstags-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen bittet

1515? **Der Vorstand.**

Sterbe- u. Unterstützungskasse
„Glückauf Viktoria"
Methler-Westick.

Sonntag d. 15. Nov. 1908, nachmittags 4 Uhr:
Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über ein neues Statut.
2. Verschiedenes.

Es wird gebeten, daß jedes Mitglied pünktlich erscheint.

1513 **Der Vorstand.**

Wilh. Didier
Delikatessen und Kolonialwaren
Weststraße 18 Fernruf 154
empfiehlt
feinste 1512t

Molkereibutter

per Pfund **1.35** Mk.

Marktpreise.

Neuß, den 11. Novbr. 1908.
Produktenbörse.

Weizen	100 Kilo	00,00	20,30
Roggen	„ „	17,00	16,00
Hafer	„ „	17,00	16,00
Kartoffeln	50 „	3,50	3,00
Heu	„ „	6,00	8,00
Luzerne-Heu	„ „	3,40	—,—
Maschinenstroh	500 „	14,00	—,—
Flegeldrusch	„ „	16,00	—,—
Kleien	50 Kilo	5,80	—,—
Rüböl in Partien v. 100 Ztr.	100	67,00	—,—
do. faßweise	100 Kilo	69,00	—,—
gereinig. Oel	„ „	70,00	—,—
Rübkuchen	1000 Kilo	109,00	—,—
in klein. Part.	„	112,00	—,—

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 136. Donnerstag den 12. November 1908. 36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Das persönliche Regiment vor dem Reichstage.

(Schlußbericht. Anfang siehe 1. Blatt.)

Abg. Singer (Soz.):

Die beiden Vorredner haben übersehen, daß ihre Parteien an dem, was geschehen, mitschuldig sind. (Gelächter.) In den Ländern wo die Parlamente auf Selbstachtung halten, wären solche Vorgänge und Zustände unmöglich gewesen. Ich stelle an die Spitze meiner Betrachtungen die Aeußerung des Kaisers, daß breite Schichten in Deutschland englandfeindlich seien, und daß er sich in dem Verhalten zu England in seinem eigenen Volke in der Minderheit befinde. Daß sich der Kaiser in seinem Volke überhaupt in der Minderheit befindet, das ist ja richtig. (Lachen rechts.) Und er hat das sich selbst, seinem Verhalten zu den Arbeitern zu verdanken. Aber daß die breiten Schichten unseres Volkes englandfeindlich seien, das schlägt der Wahrheit geradezu ins Gesicht. Unsere Arbeiter vor allem haben auf ihren Kongressen, noch zuletzt in Stuttgart, deutlich bewiesen, daß sie mit England in Frieden leben wollen. Es ist gerade, als ob der Kaiser in den Wolken schwebt. (Heiterkeit.) Als wohlerzogenes Enkelkind hat nun der Kaiser der betrübten Großmama einen Kriegsplan geliefert. Mußte er nicht daran denken, daß Deutschland dadurch schwer geschädigt werden mußte. Jetzt müssen alle Regierungen mißtrauisch gegen uns sein.

Unsere Politik des persönlichen Regiments

bringt das deutsche Volk in die schwersten Krisen. (Beifall links.) Nach unserer konstitutionellen Fiktion soll ja der König der erste Diener des Staates sein. Wenn aber einem Staatsdiener etwas Aehnliches passierte, das Reichsgericht würde in Funktion treten. (Lebh. Zust. d. Soz., Unruhe rechts; Zuruf der Soz.: Ins Zuchthaus kämeer! Erneute Unruhe rechts.) Nun soll es sich um verschiedene Interviews handeln. Wie kam derjenige, der sie veröffentlicht hat, zur Kenntnis der anderen. Haben die Interviewer vielleicht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, und als Einlage ihr Interview eingebracht. (Heiterkeit.) Bei der Fruchtbarkeit, mit der von jener Stelle aus Reden, Aeußerungen und Briefe in die Welt gesetzt werden, wäre es gar nicht verwunderlich, wenn noch viele andere Manuskripte in der Welt umherschwimmen würden. (Beifall d. Soz.) Diese

Politik des Augenblicks, der schwankenden Gefühle,

verurteilen wir. Der Schwerpunkt der ganzen Sache liegt darin, daß diese Aeußerungen überhaupt gemacht werden konnten. Der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß er die Veröffentlichungen für schädlich hält. Als seine Demission nicht angenommen wurde, mußte er seinen Posten sofort verlassen. (Lebh. Zustimmung der Soz.) Statt dessen gibt es eine Groteske. Derselbe Mann mißbilligt die Aeußerungen, übernimmt aber die Verantwortung. Das ist widersinnig. (Beifall d. Soz.) Wußte der Reichskanzler nicht, daß das Auswärtige Amt verreist war? Diese Situation ist ja allerdings schon so gewohnheitsmäßig, daß sie ihm gar nicht mehr auffällt. (Heiterkeit.)

Alles befindet sich auf Reisen.

Man hat ja ein gutes Beispiel von oben. (Heiterkeit.) Ein unglücklicher Geheimrat soll an der Blamage schuld sein. Der Prokurist eines Weltunternehmens, durch dessen Nachlässigkeit so schwerer Schaden entstanden ist, würde sicherlich sein Amt niederlegen, selbst wenn der Chef ihn bäte, es zu behalten. (Lebhafte Zustimmung der Sozialdemokraten.) Mit Spott und Hohn ist das deutsche Volk überschüttet worden. Das verdanken wir dem Reichskanzler.

Wir lassen uns nicht zum Narren halten.

Wir brauchen eine Verfassungsänderung, die der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden gibt. (Lebh. Beif. d. Soz.) Wegen der Lumperei von Casablanca wäre es beinahe zum Krieg gekommen. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist eines der Mittel zur Verhinderung der größten Fehler. Die deutsche Volksvertretung muß neben dem Monarchen, neben dem Bundespräsidium die Geschicke des Reiches leiten. Das Parlament muß bei der Besetzung des Kanzlerpostens mitwirken. Der Reichstag muß jeden Augenblick wichtige Reichsangelegenheiten vor sein Forum ziehen können. Es ist unwürdig des Reichstags, daß der Reichskanzler bestimmen kann, wann er vor dem Hause erscheinen will. (Lebh. Zust. der Soz.) Die dem Reichstag vorgelegte Finanzreform gibt ihm eine mächtige Waffe in die Hand. Sie darf nicht eher beraten, werden, bis wir erst die Garantie haben, daß ein solcher Skandal sich nicht wiederholt. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lasa (Kons.).

Die Erregung ist auch in konservativen Kreisen eine gewaltige. (Zustimmung rechts, hört, hört.) Erfreulich ist, daß das deutsche Volk in diesen schweren Augenblicken nach Einheit und Verständigung drängt. Mögen diejenigen sich das gesagt sein lassen, die vielleicht außerhalb dieses Saales auf den Moment warten, wo sie das deutsche Volk nicht mehr einig sehen.

Abg. Fürst v. Hatzfeld (Rpt.).

Wir unsererseits meinen nicht, daß das Vaterland Einbuße an Vertrauen und Ansehen erlitten hat, wie vielfach befürchtet wurde. Wir fragen aber den Reichskanzler, ob er gewillt ist, in Zukunft ähnliche Vorkommnisse zu verhüten. Vom Inhalt der Antwort des Reichskanzlers werden wir unsere Stellung abhängig machen.

Unter großer Spannung des Hauses erhebt sich der

Reichskanzler Fürst Bülow.

Meine Herren! Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen, die von den Herren Vorrednern berührt worden sind. Ich muß auf die Wirkung meiner Worte im Auslande sehen, und ich will nicht

neue Nachteile zu dem großen Schaden

hinzufügen, der durch die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" angerichtet ist (Hört, hört!) In Beantwortung der vorliegenden Interpellationen habe ich das Nachstehende zu erklären: Ich muß bezweifeln, daß alle Einzelheiten aus den Gesprächen Sr. Maj. richtig wiedergegeben worden sind. (Hört, zört!) Von einem weiß ich, daß es nicht richtig ist. Das ist

die Geschichte mit dem Feldzugsplan.

(Hört, hört!) Es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten, detaillierten Feldzugsplan, sondern um rein akademische Gedanken. (Gelächter bei den Sozialdemokraten) Sie waren ausdrücklich, wie ich glaube, als Aphorismen bezeichnet. „Ueber die Kriegsführung im allgemeinen", die Seine Majestät der Kaiser im Briefwechsel mit der verewigten Königin Viktoria ausgesprochen hat, Es waren theoretische Betrachtungen ohne jede praktische Bedeutung für den Gang der Operationen und für den Ausgang des Krieges. Der Chef des Generalstaoes Graf Moltke und sein Vorgänger Graf Schlieffen haben beide versichert, daß der Generalstab niemals einen Feldzugsplan oder eine ähnliche auf den südafrikanischen Krieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe. Hört, hört!) Ich muß aber auch unsere Politik in Schutz nehmen gegen den Vorwurf, als ob sie den Buren gegenüber eine zweideutige gewesen wäre. Wir haben, das steht aktenmäßig fest, die Buren rechtzeitig gewarnt. Wir haben der Transvaalrepublik keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie im Falle eines Krieges allein stehen würde. Wir haben im Mai 1899 direkt und durch Vermittlung der befreundeten holländischen Regierung sehr nahegelegt, sich gütlich mit England zu verständigen, weil der Ausgang im Falle eines Krieges nicht zweifelhaft sein könnte.

In der Frage der Intervention sind die Farben zu stark aufgetragen.

Die Sache selbst war längst bekannt. (Lebhaftes: Hört, hört!) Sie bildete erst kürzlich den Gegenstand einer Polemik zwischen der „National Review" und der „Deutschen Revue". Von einer Enthüllung kann gar keine Rede sein. Nun hat man gesagt, die kaiserliche Mitteilung an die Königin von England, daß Deutschland einer Anregung zu einer Mediation oder Intervention nicht Folge gegeben habe, sei eine Verletzung der im diplomatischen Verkehr üblichen Regeln Ich will nicht an die Indiskretionen erinnern, an denen die diplomatische Geschichte aller Völker reich ist. Die sicherste Politik ist wohl diejenige, die keine Indiskretionen zu fürchten braucht. Die Ausdrücke, wo der Kaiser gesagt haben soll, die Mehrheit des deutschen Volkes wäre von feindseliger Gesinnung gegenüber England erfüllt, sind unzutreffend. Ich weiß mich eins mit diesem ganzen Hause, wenn ich sage: das deutsche Volk will auf der Basis gegenseitiger Achtung friedliche und freundliche Beziehungen zu dem englischen Volke. (Sehr richtig!) Und ich konstatiere, daß sich die Redner aller Parteien in diesem Sinne ausgesprochen haben. (Sehr richtig!) Eine andere Stelle, wo der Ausdruck zu stark gewählt war, ist der Passus, der sich bezog auf unsere

Interessen im stillen Ozean.

Diese Stelle ist in einem für Japan feindlichen Sinne ausgelegt worden. Mit Unrecht Der Deutsche Kaiser begegnet sich mit dem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik in der Anerkennung der hohen politischen Bedeutung, die das japanische Volk durch politische Tatkraft und militärische Leistungsfähigkeit errungen hat. Die deutsche Politik betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, dem japanischen Volk den Genuß und Ausbau des Erworbenen irgendwie zu schmälern. Seit zwei Jahrzehnten ist unseres Kaisers Bemühen unter oft sehr schwierigen Verhältnissen darauf gerichtet gewesen, ein freundliches Verhältnis zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Der Burenkrieg hat aber auch zu ungerechten und vielfach maßlosen Angriffen gegen England geführt. und auch von englischer Seite sind ungerechte und häßliche Angriffe gegen Deutschland gerichtet worden. Der Kaiser aber, durchdrungen von der wichtigen und richtigen Ueberzeugung, daß dieser Zustand eine Unmöglichkeit für beide Länder, eine Gefahr für die zivilisierte Welt war, hat unentwegt in dem Gedanken an dem Ziel festgehalten, das er sich gesetzt hat. Meine Herren, wir wollen alles vermeiden, was nach übertriebenem Werben um fremde Gunst, nach Unsicherheit oder nach Laune aussieht; aber ich verstehe, daß der Kaiser, gerade weil er sich bewußt war, immer eifrig und ehrlich an der Verständigung mit England gearbeitet zu haben, sich gekränkt fühlte durch Angriffe, die seine besten Absichten entstellten. Meine Herren, die Ansicht, daß die Veröffentlichung dieser Aeußerungen in England nicht die von Sr. Majestät dem Kaiser erwartete Wirkung gehabt, in Deutschland aber tiefgehende Erregung und schmerzliches Bedauern hervorgerufen hat, wird — diese feste Ueberzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Se. Majestät den Kaiser dahin führen, künftig

auch in seinen Privatgesprächen sich diejenigen Zurückhaltungen aufzuerlegen,

die für eine einheitliche Politik, die für die Autorität der Krone eine unerläßliche ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger dafür die Verantwortung tragen. (Beifall.) Meine Herren, für den Fehler, der bei der geschäftlichen Behandlung des Manuskripts des „Daily Telegraph" gemacht worden ist, trage ich die Verantwortung. Ich stehe dafür ein, daß sich das nicht wiederholt, und daß alle hierfür erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, ohne Ungerechtigkeit, aber auch ohne jedes Ansehen der Person. (Beifall rechts.) Als der Artikel des „Daily Telegraph" erschienen war, dessen verhängnisvolle Wirkung mir nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, habe ich meine Entlassung eingereicht. Dieser Entschluß war geboten, und er ist mir nicht schwer geworden. Der schwerste und ernsteste Entschluß, vor dem ich in meinem politischen Leben gestanden habe, war es, dem Wunsche Sr. Majestät des Kaisers folgend, noch im Amte zu bleiben. Ich habe mich dazu nur entschlossen, weil ich glaubte, gerade unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen dem Kaiser und dem Lande weiter Dienste leisten zu können. (Lebhafter Beifall rechts.) Wie lange mir das möglich ist, steht dahin. (Bewegung und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Und nun will ich noch eines sagen: In dem gegenwärtigen schwierigen Augenblick, dürfen wir vor dem Auslande keine Kleinmütigkeit zeigen, dürfen wir ein Unglück nicht zur Katastrophe machen. Wir, dürfen vor dem Auslande nicht Schwäche zeigen, die von unseren Gegnern so aufgefaßt werden würde, als wäre das Reich im Innern wie im Aeußern gelähmt. An den berufenen Vertretern der Nation ist es jetzt, diejenige Besonnenheit zu zeigen, die dem Ernste der Lage entspricht. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Polen und Sozialdemokraten.)

In der nunmehr folgenden

Besprechung der Interpellationen,

die, trotzdem das Zentrum Vertagung beantragt hatte, beschlossen wurde, erhält das Wort

Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.):

Wir sind nicht in der Lage, jetzt sofort die Erklärungen des Reichskanzlers mit den Veröffentlichungen im „Daily Telegraph" zu vergleichen. Es wäre daher besser gewesen, wir hätten uns vertagt, bis wir eine feste Basis für eine Besprechung haben. Da anders beschlossen worden ist, werde ich meine Rede so halten, als ob der Reichskanzler überhaupt nicht gesprochen hätte. (Große Heiterkeit.) Die Veröffentlichungen sind tief zu beklagen. Der Reichskanzler hat die richtigen Konsequenzen gezogen und seine Demission eingereicht. Der heutige Tag ist ein Markstein in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands. Noch niemals ist der alte gute Brauch, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen, so vollkommen außer acht gelassen worden, wie heute. (Sehr richtig!) Mit den Aeußerungen des Kaisers sind auch wir nicht einverstanden. Wir können den Kaiser nicht zur Rechenschaft ziehen, aber den Kanzler. Der Monarch muß Minister haben, die ihm, wenn er Fehler begeht, erklären: Bis hierher und nicht weiter. (Sehr richtig!)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (W. V.):

Die Vorgänge, die wir hier besprechen, haben unser Volk geradezu aufgewühlt. Ich habe infolgedessen geglaubt, daß aus dem Munde des sozialdemokratischen Redners die Schadenfreude herausklingen werde über die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland herausgebildet haben. Er ist klug genug gewesen, das nicht zu tun. Er hat damit seiner eigenen Partei einen Dienst erwiesen. Was er gesagt hat, kann man nahezu in allen Punkten unterschreiben. (Hört, hört! bei den Soz.) Ja, meine Herren, das ist der

furchtbare Zustand im Deutschen Reiche

augenblicklich, daß die überzeugtesten Monarchisten, die nicht mit einem Gedanken früher dazu gekommen waren, der Person des Kaisers entgegenzutreten, heute der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich mit schwerem Herzen entscheiden müssen, sich in diesen Fragen sehr deutlich auszudrücken. Das Vertrauen im Volk ist auf den Nullpunkt gesunken. (Sehr wahr!) Es trifft nicht zu, wenn man hier von etwas gestörtem und geschwächtem Vertrauen spricht, es ist schlimmer. Und leider können wir nicht glauben, daß der Reichskanzler die Verantwortung übernehmen kann; daß es besser werden wird, (Sehr richtig!) — bis zum nächsten Male! Wir wissen ja auch gar nicht, wie viel noch in den Archiven des Auslandes zur Veröffentlichung bereit liegt. Höhnisch sagt ein englisches Blatt, man soll dem Deutschen Kaiser solche Aeußerungen nicht übel nehmen, er sei eine so bewegliche Natur, daß er, wenn er mit einem Amerikaner spreche, ganz amerikanisch denke, und wenn er mit einem Engländer spreche, ganz englisch denke. Das ist es gerade, was in unserem Volke so furchtbare Mißstimmung und Erbitterung und ein Gefühl der allertiefsten Trauer und Niedergeschlagenheit erzeugt,

daß der deutsche Kaiser nicht in jedem Augenblicke deutsch denkt und deutsch fühlt.

(Lebhafter Beifall.) Wenn aber der Kaiser meinte, daß er in der Minderheit sei in bezug auf die Freundschaft für England, dann müßte er die Stimmung im Volke als Oberhaupt des Volkes respektieren. Das Wort des Großen Kurfürsten in dem Testament an seinen Sohn: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!", ist nicht nur an seinen Sohn gerichtet, sondern an alle Nachfolger aus dem Hause Hohenzollern. (Beifall.) Ein deutscher Kaiser darf niemals anders denken als deutsch. Das bekannte Manuskript hat einen wunderlichen Weg genommen. Der eine Beamte hat's dem andern gegeben, und wenn man den Witzblättern glauben könnte, wäre es schließlich bei der Scheuerfrau angelangt. (Heiterkeit.) Ueberall taucht jetzt die Frage auf, wie das Auswärtige Amt zu reformieren ist. Daß es einer Reformation bedarf, kann ja gar nicht zweifelhaft sein. Es scheint

eine unüberbrückbare Kluft zwischen Kaiser und Volk

zu sein. Ich hoffe, daß sie nicht unüberbrückbar ist. Aber die Zeit ist da, daß entschlossene Männer in die Kluft springen. (Sehr wahr!) Ein Kabaret spielt in diesen ernsten Tagen nach der kaiserlichen Tafel in Donaueschingen. Da versagt jede Kritik. (Allseitige Zustimmung.) Das Volk ist verzweifelt, aber der Hof feiert fröhliche Feste.

Wir sollen das Feste feiern aufgeben, das Kling klang gloria beiseite lassen, und in stiller Friedensarbeit unsere Finanzen in Ordnung bringen. Wir wollen das Pulver trocken halten, und wenn dann das Ausland glauben sollte, wir seien durch die innere Krisis geschwächt, so wird, was ihm an Begeisterung fehlt, deutscher Zorn ersetzen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch. Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen.

* * *

In der Casablanca-Angelegenheit

handelt die deutsche Regierung nunmehr nach dem Grundsatz: „Der Starke weicht mutig zurück!" Die offiziöse Notiz in der „Nordd. Allg. Ztg." hatte schon darauf vorbereitet, daß das Schiedsgericht sich in der Tatsachenfrage zu entscheiden haben werde. Am Dienstag erhielten dann diese offiziöse Erklärung ihre feierliche Weihe durch folgende in Frankreich natürlich große Befriedigung verursachende Meldung:

„Der stellvertretende Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und der französische Botschafter Cambon haben im Auswärtigen Amt folgendes Uebereinkommen unterzeichnet: Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Ereignisse, die sich in Casablanca am 25. September dieses Jahres zugetragen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Tätlichkeiten geführt haben. Sie beschließen, die Gesamtheit der hierbei entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. In beiderseitigem Einvernehmen verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, ihr Bedauern über die Handlungen dieser Organe in Gemäßheit des Spruches auszusprechen, den die Schiedsrichter über den Tatbestand und die Rechtsfrage abgeben werden."

Kein Aufstieg des Kaisers im Zeppelinballon.

Dienstag nachmittag meldeten die Telegraphen-Bureaus, daß Kaiser Wilhelm mit dem Zeppelinballon aufgestiegen sei. Diese Nachricht entsprach nicht den Tatsachen, sondern beruhte auf einer Verwechslung der Person des Kaisers mit dem Fürsten zu Fürstenberg, der gleichfalls Jagduniform trug. Die Verwechslung ist entstanden einmal durch die große Entfernung, in der die Vertreter der Presse gezwungen waren, dem Aufstiege beizuwohnen, ferner dadurch, daß auch im Bureau des Grafen Zeppelin zu Friedrichshafen lange Zeit hindurch die Ueberzeugung bestand, daß der Kaiser sich in der ersten Gondel befände. Der Irrtum hat sich erst nach der Landung des Luftschiffes aufgeklärt.

Der Kaiser verlieh dem

Grafen Zeppelin den Schwarzen Adlerorden.

Bei der gestrigen Auffahrt des Luftschiffes, der der Kaiser in einem Dampfer folgte, erfolgte eine Zwischenlandung auf dem Bodensee unter Auswechselung der Passagiere. Der Kaiser wurde nicht müde, immer mit neuen Worten die Grazie und die Ruhe des Fluges zu rühmen. Bei der Ueberreichung des Schwarzen Adlerordens, den er dem Grafen Zeppelin selbst um den Hals hing (die Investierung erfolgte hier sogleich durch den Kaiser, und den Oberstmarschall Fürst zu Fürstenberg) sagte der Kaiser:

„In meinem Namen und im Namen unseres ganzen deutschen Volkes freue ich mich, Ew. Exzellenz zu diesem herrlichen Werke, das Sie mir heute so schön vorgeführt haben, aus tiefstem Herzen zu beglückwünschen. Unser Vaterland kann stolz sein, einen solchen Sohn zu besitzen, den größten Deutschen des 20. Jahrhunderts, der durch seine Erfindung uns an einen neuen Entwickelungspunkt geführt hat. Es dürfte wohl nicht zuviel gesagt sein, daß wir heute einen der größten Momente in der Entwickelung der menschlichen Kultur erlebt haben. Ich danke Gott mit allen Deutschen, daß er unser Volk für würdig erachtete, Sie den Unsrigen zu nennen. Möge es uns allen vergönnt sein, dereinst auch, gleich Ihnen, mit Stolz an unserem Lebensabend sagen zu dürfen, daß es uns gelungen, so erfolgreich unserem teuren Volke gedient zu haben. Als Zeichen meiner bewundernden Anerkennung, die Ihnen gewiß alle hier Versammelten gönnen, und unser ganzes deutsches Volk teilen wird, überreiche ich Ihnen hiermit meinen hohen Orden vom Schwarzen Adler. — (Es erfolgte zugleich die Investierung des Grafen durch den Kaiser.) Nun gestatten Sie mir, mein lieber Graf, daß ich Ihnen jetzt schon inoffiziell die Affilade erteile. (Dreimalige Umarmung.) Se. Exzellenz Graf Zeppelin, der Bezwinger der Lüfte, Hurra!"

Die Zeugen dieses Aktes stimmten freudig und begeistert in das dreimalige Hurra ein. Dem Grafen Zeppelin standen Tränen der Rührung in den Augen. Bei der Umarmung küßte der Kaiser den Grafen Zeppelin dreimal auf Mund und Wangen und hielt lange seine Hand fest. Fürst Fürstenberg folgte dem Beispiel des Kaisers.

Deutschland.

— **(Wie Kaiser-Telegramme wirken!)** Die „Nowaja Ruß" berichtet eine interessante Erzählung, wie die Hamburger Firma Blom und Voß, welche vor etlichen Monaten die Bestellung auf den Bau von vier russischen Panzerschiffen erhielt, aber im letzten Augenblick durch französischen Eingriff die Bestellung verloren habe. Die Firma soll ein Glückwunschtelegramm des Deutschen Kaisers erhalten haben, worauf sich sofort eine Intrige entwickelt habe. Der französische Botschafter Admiral Touchard, berichtet das Blatt, begriff die Wichtigkeit der Situation und erhielt auf seine Anfrage aus Paris genaue Instruktionen, die Bestellung der Schiffe unter jeder Bedingung Frankreich zu sichern. Dementsprechend griff Admiral Touchard ein, obgleich keine diplomatische Angelegenheit vorlag. Man gab Rußland nach eingehenden Konferenzen mit der Pariser Bank- und Handelswelt zu verstehen, daß Frankreich die bevorstehende sehr bedeutende russische Anleihe unter keinen Umständen realisieren werde, wenn das französische Geld an deutsche Fabrikanten weitergegeben werden solle. Auf diese Weise verdanke also die Hamburger Firma Blom und Voß ihre Niederlage in letzter Stunde zuerst dem voreiligen Kaisertelegramm, sodann dem energischen Eingriff des französischen Botschafters Touchard. Der Firma Blom und Voß wurde mitgeteilt, daß sie die Bestellung nicht erhalte, daß ihr aber die Ausgaben für den Entwurf der Pläne ersetzt werden.

— **(Der abgewiesene Eisenbahnminister.)** Die „B. Z. am Mittag" meldet aus München: Der Wunsch des preußischen Eisenbahnministers, in Bayern das letzte Heft von Hardens „Zukunft" auf den Bahnhöfen zu verbieten, wurde bayrischerseits abgelehnt, da kein genügender Grund hierfür vorhanden sei. — (Das Heft enthielt einen längeren Artikel, welcher in ähnlicher Weise wie der Hardensche Vortrag zu dem Kaiser-Interview Stellung nahm).

— **Wann treten die neuen Reichssteuern in Kraft?)** Das Inkrafttreten der neuen Reichssteuergesetze ist ganz verschiedenartig. Das Branntweinsteuergesetz tritt erst am 1. Oktober 1909 in Kraft, beim Tabaksteuergesetz wird bestimmt, daß die Eingangsabgabe am 1. Juni 1909, die Tabakverbrauchsteuer für Zigaretten, feingeschnittenen Tabak und für Zigarettenpapier am 1. Juni 1909, für Zigarren und Pfeifentabak Kau- und Schnupftabak am 1. Oktober 1909 in Kraft trete. Die Brausteuer soll vom 1. Juni 1909 ab, die Anzeigensteuer, Weinsteuer, Erbschaftssteuer, das Gesetz über das Erbrecht des Staates, die Nachlaßsteuer vom 1. Juli 1909 ab, die Elektrizitäts- und Gassteuer vom 1. Oktober 1909 ab erhoben werden. Es liegen somit drei Termine für das Inkrafttreten der Steuergesetze vor.

— **(Die Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe.)** Der Beirat für Arbeiterstatistik trat kürzlich unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amts Dr. van der Borght zusammen. Er behandelte die Ergebnisse der Erhebung im Fuhrwerksgewerbe und beschloß, in dem Bericht an den Reichskanzler die Regelung der Arbeitszeit der in gewerblichen Fuhrwerksbetrieben beschäftigten Personen dahin in Vorschlag zu bringen, daß eine tägliche Mindestruhe von neun Stunden allgemein und außerdem für die beim schweren Lastfuhrwerk und mit Stallarbeiten beschäftigten Personen Pausen eingeführt werden. Ferner wurde die Freigabe einer Anzahl von Sonntagen sowie eine Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bis zu 16 Jahren für notwendig erklärt

Ausland.

Holland.

— **(Holland gegen Venezuela.)** Holland hat zu einem ersten Schlag gegen Venezuela ausgeholt: Wie aus Willemstadt gemeldet wird, ist der im Jahre 1894 zwischen Holland und Venezuela abgeschlossene Vertrag von seiten Hollands aufgehoben worden. Die Regierung von Curacao hat die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition freigegeben und wird gegen von dort ausgehende revolutionäre Bewegung nicht einschreiten.

Portugal.

— **Ein Ueberfall auf Deutsche** in Portugiesisch-Senegambien durch Eingeborene hat den deutschen Gesandten in Lissabon veranlaßt, bei der dortigen Kolonialregierung vorstellig zu werden. Der deutsche Gesandte Graf Tattenbach hatte mit dem Kolonialminister Castilho eine lange Besprechung wegen des Ueberfalls auf deutsche, im Gebafluß ankernde Boote. Die portugiesische Regierung lehnte angeblich jede Verantwortung ab, da die kannibalischen Gewohnheiten ihrer dortigen Untertanen ausreichend bekannt seien, um im Verkehr mit ihnen zur Vorsicht zu mahnen. Der Minister habe jedoch die telegraphische Anordnung einer Strafexpedition versprochen.

Russland.

— **Zum tiefen Kummer** aller „wahrhaften Russen, hat, laut Amtsblatt, der Zar die Anstellung eines Juden namens Litinski als Schutzmann in Odessa genehmigt, allerdings mit dem Vermerk „als Ausnahme von der allgemeinen Regel." — Vom März bis September wurden in Warschau 165, in Lodz 63 Menschen kriegsgerichtlich hingerichtet.

Türkei.

— **Die Vergebung** der Lieferung von 300 Millionen Patronen erfolgte zum größten Teile an die Vereinigten Waffenfabriken, ferner an die Rheinische Metallwarenfabrik, sowie Polte-Magdeburg nach einer Konkurrenz mit der Hirtenberger Patronenfabrik und englischen und französischen Werken. Der Auftrag beträgt 30 Millionen Mark. Der Unterschied zwischen der früheren und der neuen Zeit zeigte sich charakteristisch darin, daß wegen des Wegfalls von Backschischgeldern alle Konkurrenten im Preise fast 20 Proz. billiger stellen konnten, was dem Staate wesentliche Vorteile bringt.

Aus aller Welt.

— **Todesanzeige** für die Vermißten des „Hergesell". Die Insassen des Ballons „Hergesell", die Leutnants Hummel und Foertsch, die bekanntlich am 12. Oktober als Teilnehmer an der Ballon-Dauerfahrt in Schmargendorf bei Berlin aufstiegen, werden jetzt auch von ihren Angehörigen als tot betrauert. Die Familie des Leutnants Hummel erläßt folgende Todesanzeige: „Nach Wochen heißen Sehnens und bangster Sorge um Rettung unseres innig geliebten Sohnes und Bruders Kurt Hummel, Leutnant im 2. Rheinischen Husaren-Regiments Nr. 9, von seinem am 12. Oktober unternommenen Ballonaufstieg, sind wir am Ende unseres Hoffens auf ein Wiedersehen mit ihm im irdischen Leben und betrauen schmerzlich seinen frühen Heimgang." Eine Gedächtnisfeier findet morgen um 3 Uhr nachmittags in der Kirche zu Groß-Carzenburg, dem Elterlichen Gute Verschollenen, statt.

— **Zu den Millionenunterschlagungen** auf der Kieler Werft, über die wir mehrfach berichteten, wird einem Berliner Lokalblatte noch gemeldet, daß das Landgericht zu Kiel den von der Kaiserlichen Werft beantragten Arrest in Höhe von 350 000 Mk. über das Vermögen des verhafteten Kaufmanns Frankenthal bestätigt hat. Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter sagte aus, es sei schon jetzt erwiesen, daß der durch Unterschlagungen und Urkundenfälschung der Werft zugefügte Schaden etwas mehr als 1 Million Mark betrage.

— **Nachspiel** zu einer abessinischen Expedition. Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg fand die Verhandlung einer Privatklage statt, die der Kaufmann Arnold Holtz gegen den Kommerzienrat Karl Bosch, der im Jahre 1905 Handelssachverständiger bei der außerordentlichen deutschen Gesandtschaft in Abessinien gewesen war, angestrengt hatte. Für den ganzen Umfang der Verhandlung wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, weil Dinge zur Sprache gebracht werden mußten, die die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Abessinien berührten und durch eine öffentliche Erörterung dieser Dinge die Reichsinteressen gefährdet werden könnten. Dem Vernehmen nach stützte sich die Privatklage darauf, daß Kommerzienrat Bosch im Mai d. Js. sich über Herrn Holtz dahin geäußert haben soll: Holtz sei der alleinige Urheber des Scheiterns seiner (des Kommerzienrats Bosch) Expedition nach Abessinien, er habe durch Intrigen die Expedition ruiniert und ihn auf das empfindlichste geschädigt. Der Angeklagte bestritt, diese Aeußerung in dieser beleidigenden Form getan zu haben. Außerdem erklärte sich Kommerzienrat Bosch zum Wahrheitsbeweise dafür bereit, daß der Privatkläger seine Expedition ruiniert habe. Der Angeklagte wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der von ihm erhobenen Widerklage soll nach einer eingeholten Auskunft des Auswärtigen Amtes stattgegeben werden.

— **Einbrecher und Raubmörder.** Der von der Stettiner Polizei bei einem Einbruch verhaftete Berliner Knitter ist nach den angestellten Ermittelungen identisch mit dem wegen Raubmordes steckbrieflich gesuchten Verbrecher Knitelius, der in Magdeburg mit einem bereits verhafteten Komplicen gelegentlich des Einbruches in die Magdeburger Hirschapotheke den Apothekenbesitzer Rathge durch Revolverschüsse ermordet hat.

In Sorun (Oberschlesien) wurde der alleinstehende Hausbesitzer Vinzent Brzoska in seiner Wohnung ermordet. Als Täter ist der Fleischer Viktor Cmok ermittelt worden, der den Brzoska mit einer Axt erschlagen hat. Im Gerichtsgefängnisse beging Cmok Selbstmord.

— **Sieben bewaffnete polnische Arbeiter** überfielen, unter Anführung des Polen Bulotti, welcher von der dänischen Polizei wegen Brandstiftung und Mordversuchs gesucht wird, das Gut Hoeibierggard bei Holte in der Nähe von Kopenhagen, überwältigten den Dienstknecht, drangen in die Wohnräume ein; ermordeten den Gutsbesitzer Bechs und verwundeten seine Frau. Darauf plünderten sie die Leiche Bechs und entflohen. Der Zustand der Frau Bechs ist bedenklich. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— **In der Stadt Nashville** im Staate Tennessee kam es zwischen dem Obersten Cooper und dem demokratischen Senator Carmack zu einer politischen Diskussion. Während des Streites zog der Oberst seinen Revolver und schoß den Senator auf der Stelle nieder.

*

Totenteile zur Heilung Kranker.

Die Aerzte Carrel und Heep in Philadelphia teilten der amerikanischen medizinischen Gesellschaft mit, daß sie erfolgreiche Versuche mit einer neuen chirurgischen Methode erzielt hätten, die darin besteht, gesunde Organe verstorbener Personen in Eis zu konservieren und sie entl. zur Ersetzung kranker Organe bei lebenden Personen zu benutzen. Versuche bei vier Personen sind vollständig gelungen.

*

— **Hart bestraft.** Beim Exerzieren am 21. Oktober auf dem Kasernenhofe in Halle entstand beim Einschwenken Unordnung; infolgedessen wurde der Rekrut Dreßler vom Füsilier-Regiment Nr. 36 versehentlich getreten. Aus Zorn hierüber schlug er nach hinten aus und versetzte dem Füsilier Herbert, der Exerzierlehrer war, und der halb als Vorgesetzter galt, einen Tritt gegen die Kniescheibe, der aber keine erheblichen Folgen hatte. Dreßler, der erst zehn Tage Soldat war, will nicht gewußt haben, daß er es in dem Füsilier Herbert mit einem Vorgesetzten zu tun hatte. Er hatte sich deshalb vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten, und zwar vor versammelter Mannschaft, zu verantworten. Der Verteidiger sagte, die Tat habe sich nicht vor, sondern hinter der versammelten Mannschaft abgespielt,; der junge Soldat sei milde zu bestrafen. Der Vertreter der Anklage erklärte, die gesetzmäßige Strafe betrage fünf Jahre Gefängnis. Da es sich aber um einen minder schweren Fall handle, wolle er nur zwei Jahre Gefängnis (!!) beantragen. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis. (!)

— **Kirchenräubereien** in der Provinz Posen. Nicht weniger als 25 Kircheneinbrüche sind, wie aus Gnesen gemeldet wird, in diesem Sommer in der Gnesener Diözese verübt worden: mit Ausnahme des Kircheneinbruchs im Wallfahrtsorte Usch, wo den Einbrechern goldene Meßkelche, eine Monstranz usw. in die Hände fielen, hatten diese Besuche meist einen geringen metallischen Erfolg. Vor einigen Tagen wurde in Margonin ein Kirchenschänder vom dortigen Propst Lurc bei der Arbeit ertappt; der freche Patron gab auf den Propst einen Schuß ab; der den Pfarrer an der Hand erheblich verletzte. Trotz der ausgesetzten Belohnung von 800 Mark gelang es bisher nicht, den Täter zu ermitteln. Die Räuberstückchen werden aber durch die Inbrandsetzung der Erlöserkirche in Bromberg übertroffen, wodurch ein Schaden von mehreren tausend Mark entstanden ist. Hier gelang es jetzt, den Täter in dem erst 18 Jahre alten Schlosserlehrling Trennert zu ermitteln. Der Bürschchen gestand, vier andere Brände in Bromberg böswillig verursacht zu haben; er alarmierte dann die Feuerwehr zuerst und erhielt die übliche Belohnung; das erregte Verdacht, der zur Ermittelung des Brandstifters führte.

— **Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt,** Ungehorsam gegen Dienstbefehle und Achtungsverletzung hatte sich der Sergeant Okoniewski von der 3. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 46 in Posen vor dem Kriegsgericht der 10. Division zu verantworten. Es handelte sich um folgendes: Das Infanterie-Regiment Nr. 46 hatte am 5. Sept. d. J. während des Manövers Quartiere in Kabritz und Umgebung bezogen. Der Lehrer Szesniak aus Wioska veranlaßte, um sich mit Freunden einen Scherz zu leisten, den Sergeanten Kubitzki, der bei ihm in Quartier lag, ihm die Uniform zu leihen. Der Lehrer zog, da Kubitzki auf den Vorschlag einging, die Sergeantenuniform, der Sergeant das Zivilzeug des Lehrers an, und so machten sich die beiden auf den Weg zu einem Bekannten des Lehrers. Unterwegs begegneten sie dem Hauptmann Ernst von der 4. Kompagnie desselben Regiments, dem das unmilitärische Verhalten Szesniaks auffiel; er ließ die beiden arretieren und nach der Ortswache bringen, die von dem Angeklagten befehligt wurde. Als Hauptmann Ernst dem Wachthabenden den Befehl erteilte, die beiden in Haft zu nehmen, verlangte Okoniewski, den Wehrvorschriften gemäß, die Vorlage eines Tatberichts oder einer Anzeige, da er sonst die Arrestanten nicht einsperren könne. Dies Verlangen des wachhabenden Sergeanten versetzte den Hauptmann in eine sehr gereizte Stimmung. Okoniewski machte schließlich den Hauptmann Ernst darauf aufmerksam, daß er (der Hauptmann) nicht befugt sei, ihn (dem Wachthabenden) Befehle zu erteilen; ihm habe auf der Wache keiner etwas zu sagen, sein Wachtvorgesetzter sei der Major. Hauptmann Ernst forderte nun den Sergeanten auf, die Wache sofort abzugeben, aber Okoniewski befolgte dies nicht, forderte vielmehr jetzt den Hauptmann auf, das Wachtlokal zu verlassen. Schließlich wurde der Major geholt, der dem Hauptmann Recht gab, den Wachthabenden ablösen und sofort in eine Zelle sperren ließ, über die er als Wachthabender bisher selbst die Verfügungsgewalt hatte. Das Kriegsgericht erkannte nach umfangreicher Verhandlung auf Freisprechung, indem es anerkannte, daß der Hauptmann nicht befugt war, auf der Wache Befehle zu erteilen. Der Sergeant sei berechtigt gewesen, den Hauptmann zum Verlassen des Wachtlokals aufzufordern. Die schuldige Achtung sei durch den Angeklagten nicht verletzt worden.

— **1000 Pferden die Schwänze abgeschnitten.** In den letzten Jahren haben Roßhaardiebe in der Weichselgegend ihr Unwesen getrieben. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln konnten sich die Landwirte gegen die Diebstähle nicht sichern. Ob die Pferde in Ställen standen oder auf der Weide waren, die Besitzer fanden sie des Morgens mit abgeschnittenen Schweifen vor. Die Nachforschungen hatten drei Jahre lang kein Resultat, bis man in diesem Jahre auf einem Weichseldampfer ein Ehepaar mit einem Sack Roßhaare absaßte, über dessen Erwerb es sich nicht ausweisen konnte. Im Anschluß an diesen Fang wurden dann auch die anderen Mitglieder der Bande, die den Roßhaardiebstahl im großen betrieben hatte, ermittelt. Auf der Anklagebank erschienen jetzt, wegen Bandendiebstahls die Arbeiter Newe, Friedrich u. August Mühlbrandt, die Arbeiterin Epp, der Arbeiter Schulz und der Bürstenmacher Conrad letzterer wegen Hehlerei. Der zweitägige Verhandlung ergab, daß etwa 1000 Pferde von der Hand der Angeklagten ihrer Schwanzhaare beraubt worden waren. Im Dorfe Käsemark haben die Diebe an einem Tage 60 Pferden, die auf der Weide waren, die Schweifhaare abgeschnitten. Newe, als Haupt der Bande, wurde wegen 23 Diebstählen zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Schulz zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Conrad zu $1^1/_4$ Jahren Zuchthaus verurteilt; die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von ½ bis 2 Jahren.

— **Der angeschossene Bürgermeister,** Hartnäckiges Pech hatte auf einer Treibjagd bei Jena ein Sonntagsjäger. Nachdem er zunächst einen Jagdteilnehmer aus Versehen den Hut vom Kopf geschossen, hatte er im weiteren Verlauf der Jagd das Unglück, beim Aufspringen eines Rehbocks auch den zweiten Bürgermeister Dr. Müller „zur Strecke" zu bringen. Letzterer erhielt von dem unvorsichtigen Schützen eine Ladung Rehposten in den Hals, sodaß er sofort die chirurgische Klinik aufsuchen mußte. Zum Glück sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

— **Jutta, die geheimnisvolle Schönheit, aufgefunden.** Das eigenartige Plakat, wonach demjenigen 6000 Mark Belohnung versprochen wurden, der den Verbleib einer rätselhaften slawischen Schönen, namens Jutta, nachweisen könnte, prangte Samstag wieder an den Anschlagsäulen in Berlin jedoch mit dem Unterschiede, daß ein schräger, weißer Zettel darüber geklebt war, der dem staunenden Publikum die Mitteilung machte, die schöne Jutta sei in Triest ermittelt worden und damit die Sache erledigt. Wer also bisher noch hoffte, sich die 6000 Mark verdienen zu können, fand sich in seinen Erwartungen herb getäuscht.' Die Spur dieses „Mädchens aus der Fremde", das angeblich aus der Schweiz stammt und die Tochter eines höheren russischen Würdenträgers sein soll, führte nach Bukarest. Der Herr, dem sie gelegentlich intimer Souvers wichtige Geheimnisse abgelauscht, soll ihr selbst nachgereist sein, nachdem ihm von dem Berliner Detektivbureau die nötigen Angaben über die Tour gemacht worden waren, die „Jutta" einzuschlagen haben sollte. In Triest hat der Glückliche sie denn in einem Hotel unerwartet wiedergefunden. Hoffentlich gelingt es ihm jetzt, ihr Schweigen nicht zu teuer zu erkaufen.

— **Deutschlands höchstbesteuerter Ort.** In dem an der bayerisch-thüringischen Grenze gelegenen Orte Schwarzenstein betrugen die Umlagen im laufenden Steuerjahr 700 pCt. Wie nun von dort gemeldet wird, sollen die Umlagen im kommenden Jahre auf 1105 pCt. hinaufgeschraubt werden. Damit dürfte Schwarzenstein der höchstbesteuerte Ort nicht nur Bayern, sondern ganz Deutschlands sein.

* *